

III-34 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

WIEN, am 15. April 1976

1976 -05- 0 5

B E R I C H T

des Bundesministers für Landesverteidigung
vom 15. April 1976
an den Nationalrat über den gegenwärtigen
Stand der militärischen Landesverteidigung



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

WIEN, am 15. April 1976

B E R I C H T

des Bundesministers für Landesverteidigung

vom 15. April 1976

an den Nationalrat über den gegenwärtigen
Stand der militärischen Landesverteidigung

B E R I C H T

des Bundesministers für Landesverteidigung vom 15. April 1976
an den Nationalrat
über den gegenwärtigen Stand der militärischen Landesverteidigung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Grundsätzliches	1
II Das Wehrrecht	5
III Heeresgliederung 1972	7
IV Wehrpolitische Aspekte der österr. Sicherheitspolitik	14
V Die Ausbildung	24
VI Personalwesen	42
VII Verteidigungshaushalt	56
VIII Ausland-Beziehungen, UN-Einsätze	61
IX Die Heeresversorgung	67
X Bauangelegenheiten	79
XI Verwaltungsvereinfachung	82
XII Besondere Vorfälle	84
XIII Hilfeleistungen	85
XIV Öffentlichkeit und Bundesheer	88
XV Betreuung	95
XVI Berufsweiterbildung	104
XVII Schlußbemerkungen	109

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**B E R I C H T vom 15. April 1976

an den Nationalrat

über den gegenwärtigen Stand der militärischen
LandesverteidigungI. Grundsätzliches

Die Bundesheerreform der früheren siebziger Jahre ist die logische Konsequenz der Wehrrechtsnovelle vom 15.7.1971. Diese allerdings wurde beschlossen in der Erkenntnis, daß das bis dahin gültige Wehrrecht nicht jene Basis darstellte, die eine Wehrstruktur eines neutralen Kleinstaates an der Schnittlinie zweier ideologisch antagonistischer Militärallianzen glaubwürdig aufzubauen gestattete.

Es kommt bei diesem Bericht nicht darauf an, Fehler der Vergangenheit aufzuzeigen oder den Nachweis zu erbringen, weshalb weder der zahlende noch der im Bundesheer dienende Staatsbürger ein echtes Vertrauen in das militärische Instrument der Landesverteidigung aufbringen konnte. Die Tatsache selbst ist jedoch unbestreitbar. Natürlich ist bekannt, daß das Wehrgesetz aus 1955 einschließlich aller die Ausgangslage verbessern wollender Novellierungen Voraussetzungen geschaffen hatten, die für die Organisationsformen keinen allzugroßen Spielraum übrigließen. Auch die Rüstungsgeschenke der seinerzeitigen Besatzungsmächte programmierten infrastrukturell bedingt gewisse Organisationsrahmen, die dazu führen mußten, eine Kleinararmee nach dem

- 2 -

Muster von Großstaaten zu projizieren. Der seit der Aufstellung von Streitkräften in der zweiten Republik stets eng begrenzte Budgetansatz verhinderte es ebenfalls, sich von gewissen Strukturen zu befreien. Wollte man eine völlig neue, den Erkenntnissen der modernen Strategie angepaßte Wehrstruktur schaffen, dann genügten Retuschen an der von 1955 bis 1971 geltenden Wehrgesetzgebung nicht. Das Studium, wie andere unabhängige Kleinstaaten, aus den Erfahrungen des modernen Kriegsbildes aufbauend, ihre Landesverteidigung den Gegebenheiten der siebziger Jahre anzupassen begannen, führte auch in Österreich im vermehrten Maße zum Bewußtsein, daß nur durch eine entscheidende Änderung des Wehrrechtes jene Ausgangsbasis geschaffen werden konnte, die sowohl die politischen als auch die militärischen Führungskräfte in Zugzwang versetzen sollten. Die Bundesheer-Reform, verbunden mit einer neu zu konzipierenden Abhaltestrategie sollte außerdem dazu beitragen, bei aller relativen Bedeutung, die Streitkräften unabhängiger Kleinstaaten zukommt, in der Öffentlichkeit, aber auch in unserer politischen Umwelt, die Glaubwürdigkeit in unsere militärischen Anstrengungen wieder zu verstärken. Auch in einer Phase der Entspannungspolitik wird ein neutraler Kleinstaat aus seiner Umgebung nur so viel Sicherheit konsumieren können, als er bereit ist, diese auch zu produzieren.

Eine Wehrstruktur, die systemimmanent nie jene ausreichende Zahl wirklich zielgerichtet ausgebildeter Infanteristen für die Landwehr hervorbringen konnte, während abertausende Spezialisten wie Panzer- und Kraftfahrer, Richtschützen, Fernmeldepersonal etc. im Reserveheer keine sinnvolle Verwendung finden konnten, wie dies die Vergangenheit bewies,

- 3 -

ist keine optimale Lösung für eine Souveränitäts- und Neutralitätsverteidigung.

Dabei sollte durchaus anerkannt werden, daß die Grundidee, basierend auf der geopolitischen Lage Österreichs, sofort verfügbare Einsatzverbände, eingebettet in ein allmählich sich zu einer Raumverteidigung hin orientierten Landwehr, aufzustellen, als strategisches Prinzip auch heute noch gültig ist. Nur die wehrrechtlichen Voraussetzungen waren dieser Idee so wenig angepaßt, daß ein glaubwürdiger Erfolg ausbleiben mußte.

Es galt also, eine völlig neue Wehrstruktur anzustreben, welche einerseits den raschen Aufbau einer echten milizartigen Landwehr, andererseits aber auch die Bereitstellung sofort einsetzbarer Verbände, sowohl als Mittel der Krisenbeherrschung als auch als harter Kern der mobilgemachten Streitkräfte, gewährleisten sollte.

Um die neue Wehrstruktur auf einer möglichst breiten politischen und fachlichen Basis entwerfen zu können, wurde am 15.5.1970 von der Bundesregierung eine Bundesheerreformkommission bestellt, zu der Vertreter aller Parlaments-Parteien, der Interessensvertretungen und des Bundesjugendringes eingeladen und militärische Fachleute bestimmt worden waren.

Aufgabe der Kommission war es, einen Reformvorschlag betreffend die Struktur des Bundesheeres auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht und des Auftrages der Bundesregierung vom 11. Mai 1965 für die militärische Landesverteidigung, wonach stets einsatzbereite Teile des Bundesheeres nach den operativ-taktischen Erfordernissen in der Lage sein

- 4 -

müssen, in Krisen- und Neutralitätsfällen die Neutralitätsschutzabsicht unseres Staates jederzeit zu bekunden, im Verein mit dem MobHeer den Versuch einer Besetzung österreichischen Staatsgebietes abzuwehren sowie in Katastrophenfällen rasch verfügbar zu sein, auszuarbeiten.

Darüber hinaus mußte es das Ziel der Reform sein, die Grundwehrdienstzeit von neun Monate auf sechs Monate herabzusetzen und alle Voraussetzungen zu schaffen, um in der verkürzten Dienstzeit die für das MobHeer (Landwehr) erforderliche Zahl von Wehrpflichtigen im Hinblick auf ihre MobVerwendung so zweckmäßig und planvoll auszubilden, daß mit Beendigung ihres Grundwehrdienstes eine echte Einsatzbereitschaft gegeben ist und diese während des Reservestandes im erforderlichen Zeitausmaß erhalten bleibt.

Dazu war auch die Verbesserung der Organisation des MobHeeres anzustreben und waren alle jene Maßnahmen vorzusehen, die es bei einer echten Bedrohung des Staatsgebietes im Bedarfsfalle erlauben, eine rasche und wirkungsvolle Mobilmachung durchführen zu können.

Das Bundesheer ist ein Teil unserer Gesellschaft, aus der es stammt und unterliegt genauso einem stetigen Wandel wie die Gesellschaft selbst und die sie beeinflussende Umwelt. Um die richtige Struktur zu finden, bedurfte und bedarf es daher einer ständigen Beobachtung der die Gesellschaft veränderten Umstände, damit jeweils zeitgerecht Anpassungsmaßnahmen gesetzt werden können.

II. Wehrrecht

Die neuen wehrrechtlichen Bestimmungen, die am 15.7.1971 im Parlament mit den Stimmen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei Österreichs beschlossen wurden, basieren ebenso wie das Wehrgesetz aus 1955 und die Verfassungsnovelle 1975 auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht.

Als wesentliche Änderung gegenüber den bis dahin geltenden Regelungen wären besonders zu vermerken:

- Die Verkürzung des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate
- Die Einführung von verpflichtenden Truppenübungen in der Gesamtdauer von 60 Tagen
- Die Möglichkeit der Ableistung des Grundwehrdienstes in der Dauer von acht Monaten bei gleichzeitiger Befreiung von Truppenübungen
- Die Einführung des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes
- Die Abhaltung von Kaderübungen auf freiwilliger Basis
- Die Regelung der Berufsweiterbildung im freiwillig verlängerten Grundwehrdienst
- Die Gewährung einer Prämie sowie Erhöhung des Taggeldes für freiwillig verlängerte Grundwehrdiener
- Die Gewährung einer Prämie sowie die Erhöhung des Taggeldes für alle freiwilligen Acht-Monate-Grundwehrdiener

- 6 -

- Der Auftrag zur unverzüglichen Aufstellung der Bereitschaftstruppe
- Die Übergangsbestimmungen, die eine gleitende Übernahme von Landwehraufgaben durch Landwehrverbände neuer Art gewährleisten sollen.

Darüber hinaus wurde eine Reihe dienstrechtlicher Möglichkeiten geschaffen, die die Gewinnung von freiwillig verlängerten Grundwehrdienern und anderem Kaderpersonal erleichtern sollen.

Diese gesetzlichen Bestimmungen bieten die Voraussetzung, einerseits durch ein organisationsadäquates System die neuen Landwehrverbände aufzustellen, andererseits die Bereitschaftstruppe in ständig zunehmendem Maße mit freiwillig verlängerten Grundwehrdienern aufzufüllen und außerdem die vorwiegend zur Systemerhaltung notwendigen Funktionen mit Acht-Monate-Grundwehrdienern zu besetzen. Dadurch gibt sich vermehrt die Möglichkeit, zu Truppenübungen nur mehr jene Soldaten heranzuziehen, die für eine Verwendung in der Landwehr auch ausgebildet wurden.

Von besonderer Bedeutung für die militärische Landesverteidigung ist jedoch die Novelle zum Bundesverfassungsgesetz vom 10. Juni 1975, BGBl.Nr. 368/75, einschließlich der einhellig gefaßten Entschliebung des Nationalrates vom gleichen Tage betreffend die umfassende Landesverteidigung.

Beilage

1

Im weiteren wird im Rahmen des Wehrrechtes auf Beilage 1 verwiesen.

- 7 -

III. Heeresgliederung 1972

Am 29.11.1971 legte der Bundesminister für Landesverteidigung dem Landesverteidigungsrat seinen Vortrag an den Ministerrat über die Organisation des Bundesheeres (Heeresgliederung 1972) vor.

Am 29. Mai 1972 beschloß der Landesverteidigungsrat, der Bundesregierung zu empfehlen, den im Vortrag an den Ministerrat enthaltenen Ausführungen über die Heeresgliederung 1972 insoferne zuzustimmen, daß mit der Umgliederung auf unterster Ebene nach Maßgabe der materiellen und personellen Gegebenheiten begonnen und die Entscheidung über die obere Kommandostruktur (Armee-, Korps- und Divisions-Kommando) erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden soll.

Der Ministerrat gab daraufhin am 6. Juni 1972 im oben dargelegten Sinne der Empfehlung des LV-Rates seine Zustimmung.

Nachdem die Detailplanung im Spätherbst 1972 soweit abgeschlossen war, daß die Realisierung der organisatorischen Zielvorstellungen des BMfLV gesichert erschien, hat der Landesverteidigungsrat beschlossen, der Bundesregierung zu empfehlen, der Heeresgliederung vollinhaltlich zuzustimmen, wobei die Einnahme stufenweise und nach Maßgabe der personellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen zu erfolgen hätte.

Der Ministerrat gab dieser Empfehlung am 16.1.1973 seine Zustimmung. Damit war es möglich, mit der Umgliederung

- 8 -

größeren Stils, vor allem mit der Aufstellung der Bereitschaftstruppen, die ja vom Gesetzgeber unverzüglich gefordert wurde, zu beginnen. Es sollte sich schon nach wenigen Monaten zeigen, daß dieser Schritt sich psychologisch günstig auf die Truppe auswirkte. Der innere Widerspruch, der sich aus der Verkürzung des Grundwehrdienstes einerseits und der Beibehaltung der auf eine neunmonatige Dienstzeit ausgerichteten Organisationsstrukturen andererseits ergeben hatte, konnte nunmehr stufenweise beseitigt werden.

Die Planung über die Änderung der gemäß Ministerrats-Vortrag vom 19.3.1968 bestehenden Struktur und Gliederung des Bundesheeres im Rahmen der Bundesheer-Reform wurde auf die nachstehenden grundsätzlichen Zielvorstellungen abgestimmt:

- Organisationsrahmen für ein MobHeer (1.Stufe) von rund 150.000 Mann
- das Schwergewicht der Landstreitkräfte ist auf die Landwehr zu legen
- Sicherstellung einer schnellen und wirksamen Mobilmachung durch eine entsprechende Basisorganisation
- Organisationsrahmen, Kommandostruktur und Gliederung für die Bereitschaftstruppe in Stärke von ca. 15.000 Mann; den Kern der Bereitschaftstruppe bilden zwei Heereskörper (Divisionen)
- Rahmentruppen für die Ausbildung von Landwehrsoldaten (Grundwehrdienst) und die Durchführung von Truppenübungen für jährlich rund 60.000 Mann (Reservetruppen)

- 9 -

- Bildung eines führungs- und versorgungsfähigen Armeekommandos als ein dem BMfLV nachgeordnetes Kommando mit Sitz in WIEN, unter gleichzeitiger Auflösung des Gruppenkommandos I und des Kommandos der Luftstreitkräfte; Integrierung der Einsatzzentrale der Luftstreitkräfte in das Armeekommando
- Bildung von zwei Korpskommanden mit Sitz in GRAZ und SALZBURG aus den derzeitigen Gruppenkommanden I und III
- Aufrechterhaltung der bestehenden Militärkommanden und territorialen Organisation
- Zusammenfassung der Fliegerkräfte in einen Heereskörper
- Schaffung des Heeresmaterialamtes, welchem die Anstalten und Lager der Heeresversorgung unterstellt werden, bei gleichzeitiger Auflösung des Kommandos der Heeresversorgungstruppen.

Diese Zielvorstellung bedingte eine Änderung der Heeresstruktur und damit einen entscheidenden Eingriff in das vormalige Gefüge des Bundesheeres.

Nur eine sorgfältige Planung mit klarer Zielsetzung, die Sicherstellung der personellen und materiellen Voraussetzungen sowie die Festlegung der einzelnen Umgliederungsschritte konnten die Gewähr geben, daß die Einsatzbereitschaft und Schlagkraft des aktiven und des Reserveheeres auch während der Umgliederung laufend verbessert wird.

- 10 -

Bei der Zielsetzung und Planung für die Struktur und Gliederung des aktiven Heeres mußten die Erfordernisse des MobHeeres mitberücksichtigt werden.

Es kam vorerst darauf an, den derzeitigen MobRahmen weitestgehend zu erhalten. Eine Erhöhung der MobStärke auf 186.000 Mann in der ersten Stufe war einzuplanen und auf die Erweiterungsfähigkeit des MobHeeres in einer 2.Stufe Bedacht zu nehmen.

Die Struktur und Gliederung des Heeres ist auf eine Raumverteidigung mit Schwergewicht auf den Landwehrkräften und einem harten Kern vornehmlich mechanisierter Kräfte (Bereitschaftstruppe) ausgerichtet.

Die Landwehrkräfte des aktiven Heeres werden vornehmlich als Rahmentruppen geführt, die im Frieden der Landwehrausbildung und der Durchführung von Truppenübungen dienen und die Basis für die Aufstellung des Reserveheeres bilden. Um eine schnelle und wirksame Mobilmachung einsatzfähiger und kampfkraftiger Landwehrverbände sicherzustellen, wird die Basisorganisation der Rahmentruppen bereits im Frieden im erforderlichen Umfang aufrechterhalten.

Das MobHeer wird aus dem aktiven Heer und dem Reserveheer im Wege der Mobilmachung gebildet. Es setzt sich im wesentlichen aus Landstreitkräften, Heeresfliegerkräften und Einrichtungen der Militärkommanden zusammen. Die Akademien und Fachschulen des aktiven Heeres werden in die MobGliederung so eingebaut, daß sie im Bedarfsfalle allenfalls einen eingeschränkten Ausbildungsbetrieb weiterführen können. Die Waffenschulen des aktiven Heeres sind zur Aufstellung von Reserveverbänden vorgesehen.

- 11 -

Die Landstreitkräfte umfassen die Bereitschaftstruppe, Landwehrtruppen (Rahmen-Ausbildungstruppen und territoriale Truppen) und Versorgungstruppen.

Die Heeresfliegerkräfte umfassen Flieger-, Führungs-, Radar-, Fernmelde- und Bodentruppen, sowie Rahmen-Ausbildungstruppen.

Die Militärkommanden umfassen territoriale Kommanden und Dienste, sowie territoriale Sanitätsdienste. Sie bilden zusammen mit den territorialen Truppen (Stabs-, Führungs- und Versorgungstruppen) die territoriale Organisation. Sie sind in ihren Befehlsbereichen für die Ausbildung der unterstellten Landwehrtruppen, für die Vorbereitung und Durchführung der Mobilmachung und für die Vorbereitung der territorialen Verteidigung zuständig.

Die Akademien und Schulen umfassen die Landesverteidigungsakademie, die Maria Theresianische Militärakademie, die Heeresunteroffiziersschule, eine zentrale Heeresversorgungsschule mit den Lehrgruppen Nachschub-, Wirtschafts- und Technik, die Fachschulen für Sport, Luftschutz-, Sanitäts-, Kraftfahrwesen und die Waffenschulen für die Fernmelde-, Pionier-, Jäger-, Panzer-, Artillerie und Fliegerabwehrtruppen.

Mit 1. Juli 1973 wurde das Armeekommando als unmittelbar dem Bundesministerium für Landesverteidigung nachgeordnete Dienststelle eingerichtet. Da ihm vor allem Führungs- und Versorgungsführungsaufgaben zukommen, sind die Verwaltungsaufgaben durch das BMfLV als oberste Dienstbehörde im vollen Umfange wahrzunehmen, während den Korpskommanden und dem Militärkommando WIEN jene der 1. Instanz zugewiesen

- 12 -

wurden. Dadurch wurde sichergestellt, daß das Armeekommando mit der notwendigen Flexibilität seinen Führungsaufgaben nachkommen kann.

Durch die Reduzierung von drei auf zwei höhere Kommanden mit Sitz in GRAZ und SALZBURG ergab sich nachstehende territoriale Einteilung in einen armeeunmittelbaren Befehlsbereich, in einen Befehlsbereich OST und einen Befehlsbereich WEST:

MilKdo WIEN unmittelbar dem Armeekommando unterstellt,
zuständig für den territorialen Bereich
des Bundeslandes WIEN (Befehlsbereich 2)

Korpskommando I (OST) mit Sitz in GRAZ, mit

Militärkommando BURGENLAND	(Befehlsbereich 1)
Militärkommando NIEDERÖSTERREICH	(Befehlsbereich 3)
Militärkommando STEIERMARK	(Befehlsbereich 5)

Korpskommando II (WEST) mit Sitz in SALZBURG, mit

Militärkommando OBERÖSTERREICH	(Befehlsbereich 4)
Militärkommando TIROL	(Befehlsbereich 6)
Militärkommando KÄRNTEN	(Befehlsbereich 7)
Militärkommando SALZBURG	(Befehlsbereich 8)
Militärkommando VORARLBERG	(Befehlsbereich 9)

Das Armeekommando wurde aus dem Gruppenkommando I und dem Kommando der Luftstreitkräfte gebildet. Die Errichtung des Korpskommandos I aus dem Gruppenkommando II und des Korpskommando II aus dem Gruppenkommando III erfolgte mit 1. Jänner 1974.

Die Befehlsbereiche der Militärkommanden decken sich mit dem Territorium der entsprechenden Bundesländer.

- 13 -

Die territoriale Einteilung hat unter anderem auch wesentlichen Einfluß auf die Truppengliederung und Dislokation der Truppen, um die Einheitlichkeit der Führung und Verwaltung innerhalb der Befehlsbereiche sicherzustellen.

Die Struktur und Gliederung des aktiven Heeres im Frieden muß vornehmlich auf 3 Hauptaufgaben abgestimmt sein:

- Erfordernisse für den Friedensbetrieb einschließlich Assistenzleistung und Einsatz von Teilen des Bundesheeres vor Mobilmachung
- Erfordernisse für eine schnelle und sichere Mobilmachung
- Erfordernisse für den Einsatz des MobHeeres im Verteidigungsfall.

Zur Entlastung der Korps wurden in Verfolgung des Beschlusses des Landesverteidigungsrates vom 2. Juli 1975 die Panzergrenadierbrigaden und damit die Masse der Bereitschaftstruppen in der 1. Panzergrenadierdivision zusammengefaßt. Diese Division, deren Struktur noch nicht voll der Heeresgliederung 72 entspricht, wurde vorübergehend dem Armeekommando unmittelbar unterstellt. Für die Aufstellung einer 2. Division wurde zunächst ein Aufstellungsstab mit Sitz in Innsbruck gebildet.

- 14 -

IV. Wehrpolitische Aspekte der österreichischen Sicherheitspolitik

Die österreichische Sicherheitspolitik umfaßt jene Aufgaben, deren Ziele die Erhaltung des staatlichen Gemeinwesens nach innen und außen, mit allen seinen Lebensformen und Werten sind. Dieser Zielsetzung der österreichischen Sicherheitspolitik hat sich die Wehrpolitik einzuordnen. Sie hat im Sinne der auf den Status der immerwährenden Neutralität ausgerichteten Neutralitätspolitik und im Rahmen gesamtstrategischer Planungen die glaubwürdige Abhaltestrategie zu beachten. Darunter versteht man die Bereitstellung aller zumutbaren Mittel und Kräfte, sich aus Konflikten anderer herauszuhalten und einen Angriff auf unsere Souveränität nicht lohnenswert erscheinen zu lassen.

Bereits daraus erkennt man, daß der Begriff der Strategie von der militärischen auf die staatspolitische Ebene angehoben worden ist. Da der Machtgebrauch im umfassenden Sinn nach wie vor einzukalkulieren ist, muß auch ein Kleinstaat sein sicherheitspolitisches Denken durch wehrpolitische Maßnahmen ergänzen. Je mehr die politische Situation durch Elemente des Druckes von außen und der Gefährdung geprägt ist, umso eher wird das politische Verhalten zu einem strategischen Verhalten werden müssen.

Es ist nur logisch, daß vor allem in Zeiten, die

- 15 -

sich durch ernstzunehmende Entspannungsbestrebungen auf verschiedensten politischen Ebenen Europas abzeichnen, die Sicherheitspolitik primär durch eine neutralitätsgerechte Außenpolitik glaubwürdig gestaltet wird. Diese Glaubwürdigkeit muß durch eine einem Kleinstaat zumutbare umfassende Landesverteidigung unterstützt werden.

Das Österreichische Bundesheer ist das militärische Element dieser umfassenden Landesverteidigung. Bei allem Wollen dieser Bundesregierung - und dies geht aus zahlreichen Initiativen, Impulsen und Erklärungen eindeutig hervor - wird man die relative Bedeutung der Verteidigungsanstrengungen eines neutralen Kleinstaates nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Die Bundesregierung unternimmt sie trotzdem, weil sie verhindern will, daß Großmächte oder Großmachtgruppen in ihre operativen Annahmen und Pläne das österreichische Territorium beziehungsweise den dazugehörenden Luftraum als zu ihrem Operationsgebiet gehörig betrachten. Das militärische Potential Österreichs muß daher in seiner Konzeption so ausgenutzt werden, daß es einen allfälligen Aggressor zum Nachdenken bringen soll, ob sich ein Angriff oder ein sonstiges politisch-militärisches Abenteuer wirklich lohnt. Ein Staat, dessen vordringliches Ziel es ist, nicht in Kriege oder bewaffnete Konflikte einbezogen zu werden, muß sich logischerweise zu einer Strategie des Friedens entschließen. Dies ist auch der Grund, weshalb neutrale Staaten in vermehrtem Maße von einer Abhaltestrategie sprechen.

- 16 -

Bedacht werden sollte auch, daß der Aufbau einer schlagkräftigen Verteidigungsorganisation einem neutralen Kleinstaat auch in Friedenszeiten ein nicht zu unterschätzendes Prestige gibt.

Die Orientierung der militärischen Komponente der österreichischen Verteidigungsdoktrin basiert nunmehr auf der Entschlieung des Nationalrates vom 10. 6. 1975, mit der unter anderem dem BMFLV drei Bedrohungsmodelle zur Bewältigung übertragen wurden. Die grundsätzliche Kontinuität, daß u.a. auch der militärische Bereich der Landesverteidigung in einem

- Krisenfall (Zustand internationaler Spannungen und Konfliktgefahr)
- Neutralitätsfall (Krieg in der Nachbarschaft)
- Verteidigungsfall (Angriff auf Österreich)

zu einer der jeweiligen Intensität angepaßten Reaktion herausgefordert werden könnte, ist gewährleistet. Allerdings müßte die Wehrstruktur den veränderten militärischen Verhältnissen in unserer Umwelt unter Berücksichtigung der quantitativen und qualitativen Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates zeitentsprechender angepaßt werden.

Das System der gesamteuropäischen Sicherheit beruht derzeit nach wie vor ohne Zweifel auf dem Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung, gekoppelt mit einer gewissen Bündnisautomatik. Es kann jedoch nicht

- 17 -

übersehen werden, daß dieses System nur solange wirksam bleibt, als beide Supermächte - die UdSSR und die USA - glaubhaft demonstrieren, daß sie im Interesse von macht- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen bereit sind, selbst auch alle Opfer einer nuklearen Eskalation auf sich zu nehmen.

Im Bereich der konventionellen Streitkräfte besteht zwischen den beiden europäischen Militärallianzen eine Assymetrie. Derartige Ungleichgewichte bergen im Falle einer Selbstausschaltung der atomaren Massenvernichtungsmittel stets die Gefahr bewaffneter Konflikte in sich.

Es dürfte heute auch in Österreich unbestritten sein, daß sich nach den völkerrechtlichen Normen für einen immerwährend neutralen Staat bereits im Frieden zahlreiche Pflichten ergeben. Da unter anderem das kodifizierte Neutralitätsrecht dem Neutralen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Verhinderung aller kriegerischen Handlungen vorschreibt, ergibt sich für den dauernd neutralen Staat als logische Maßnahme die Bereithaltung von Streitkräften.

Die geopolitische und damit wehrgeographische Lage Österreichs ist vornehmlich durch die Tatsache gemeinsamer Grenzen mit zwei Staaten der NATO, also der westlichen Verteidigungsallianz, mit 2 Staaten des Warschauer Paktes, also des östlichen Verteidigungsbündnisses, mit dem blockfreien Jugoslawien sowie mit der neutralen Schweiz und Liechtenstein

- 18 -

geprägt. Österreich befindet sich somit im Spannungsfeld zweier mächtiger Paktsysteme und ist vor oder während einer militärischen Auseinandersetzung als Ganzes oder mit Teilen von beiderseitigem operativen Interesse. Eine militärische Schwäche Österreichs müßte daher stets die Wirkung eines Vakuums erzeugen und geradezu eine Aufforderung an die Paktmächte darstellen, durch Präventivmaßnahmen eigene Nachteile zu vermeiden suchen.

Die räumliche Gestaltung Österreichs ist ungünstig. Dies gilt vor allem für den Osten mit seinem bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Schwergewicht, der geländebedingt keine oder zumindest nur geringe Vorteile für die Verteidigung bietet. Der Zentralraum sowie der Westen des Landes sind für die Abwehr, besonders gegen mechanisierte Verbände, günstig. Diese Landesteile sind jedoch wesentlich dünner besiedelt. Die dicht besiedelten Gebiete befinden sich fast durchwegs in grenznahen Zonen. Dazu kommt, daß Österreich in bestimmten Teilgebieten nur eine sehr geringe Wehrtiefe aufweist. Für eine Verteidigung Österreichs spielt auch die Trennung des Staatsgebietes durch die Alpen in zwei Hälften eine besondere operative Rolle.

Konkrete Bedrohungsanalysen sowie darauf abgestimmte operative Planungen können aus begreiflichen Gründen in diesem Bericht nicht dargestellt werden. Grundsätzlich aber wäre noch zu erwähnen, daß bei einer Bedrohung durch Aggressionskräfte, die möglicherweise

- 19 -

gegen Österreich eingesetzt werden könnten, nie die Summe aller in unserer Nachbarschaft vorhandenen nationalen und stationierten Streitkräfte in Rechnung gestellt werden braucht. Der vermutliche Kräfteansatz ergibt sich vielmehr aus der Aufnahmefähigkeit der bedrohten Räume, allerdings eventuell vermehrt durch Kräfte, die vertikal eingesetzt werden könnten, aber auch aus der Verfügbarkeit im Hinblick auf die Bindung an anderen Grenzen.

Für jedes operative Konzept bedarf es einer auf die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Europa abgestimmten Analyse denkbarer Operationsräume. Hiefür kommen in erster Linie in Betracht:

- das nördliche Alpenvorland, im wesentlichen der Raum nördliches Salzburg, Oberösterreich und das Donau-Tal.
- Steiermark und Kärnten.
- Tirol.

Besondere Bedeutung kommt im Krisenfall wie im Neutralitätsfall der Bewahrung der Lufthoheit zu.

Bei der Berechnung der erforderlichen eigenen militärischen Kräfte ist zu berücksichtigen:

- eine entsprechende Stärke der der ersten Aggressionswelle entgegentzellenden Verbände;

- 20 -

- der Schutz möglicher Luftlanderäume;
- die Sicherung zunächst noch nicht betroffener Grenzräume;
- die Sicherung operativ wichtiger Geländeteile in der Tiefe des Staatsgebietes;
- die Verteidigung fester Anlagen;
- die Bereithaltung von Reserven;
- der Ersatz von Verlusten.

Für die Sicherung lebenswichtiger Objekte sind zusätzliche Kräfte erforderlich.

Um im Verteidigungsfall einen länger dauernden Widerstand in abwehrgünstigen Räumen zu ermöglichen, sind Streitkräfte für eine Ausbaustufe in einer Größenordnung von mindestens 300.000 Mann vorgesehen. Dieser Rahmen ist eine Zielvorstellung, die allerdings nach dem neuen Wehrsystem sowohl zahlenmäßig als auch strukturell eher erreicht werden kann als nach den alten Strukturen. Als Zwischenstufe für die achtziger Jahre wird die Ablösung der bisherigen Landwehr durch die neue milizartige Landwehr und ein weiterer Ausbau im Rahmen der Heeresgliederung 1972 angestrebt.

Es ergibt sich von selbst, daß kein Kleinstaat Streitkräfte in der Stärke von 186.000 oder 300.000 Mann ständig präsent halten kann. Klar geht aber hervor, daß ein glaubwürdiges Verteidigungssystem nur auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht darzustellen ist.

- 21 -

Der Status der immerwährenden Neutralität sowie die geopolitische Lage Österreichs ließen es jedoch dringend geboten erscheinen, eine von der Allgemein-Mobilmachung weitgehend unabhängige, kurzfristig verfügbare und sofort einsatzbereite Truppe aufzustellen. Das neue Wehrrecht hat dieser Forderung durch die Aufstellung der Bereitschaftstruppe auch Rechnung getragen.

Aufgabe dieser Verbände ist es, in Krisenfällen, bei denen noch keine direkte Bedrohung gegen Österreich erkennbar ist, durch raschen Einsatz in den dem Krisenherd benachbarten Bundesländern von Beginn an den Willen Österreichs zur Wahrung seiner Souveränität zu dokumentieren. Diese Aufgabe zum Schutz der Grenzen schließt auch den Schutz einer allenfalls angeordneten Mobilmachung mit ein.

Bei Eintreten einer ausgedehnten Krisensituation, spätestens jedoch im Neutralitätsfall und selbstverständlich bei einer unmittelbaren Bedrohung Österreichs durch einen nicht auszuschließenden Angriff, wird eine Teil- oder Gesamtmobilmachung erforderlich werden.

Die durch die Mobilmachung aufgestellten Landwehrverbände stellen die Masse der österreichischen Streitkräfte dar. Von ihrer Ausrüstung und ihrem Ausbildungsstand hängen im hohen Maße die Kampfkraft und die Abwehrfähigkeit des österreichischen Bundesheeres ab. Die Landwehr wird entsprechend ihrer Aufgabenstellung in taktisch bewegliche

- 22 -

Landwehr, in raumgebundene Landwehr sowie im Dienste der Territorialorganisation aufgegliedert.

Jedem militärischen Angriff auf Österreich ist bereits an der Staatsgrenze entgegenzutreten. Alle Abwehrmaßnahmen sind auf die Verteidigung des gesamten Staatsgebietes auszurichten (Raumverteidigung). Das System einer Raumverteidigung besteht neben einer operativen Komponente auch aus einer geistig-psychologischen Komponente, die in ihrer Gesamtheit darauf abzielt, die Armee und die Bevölkerung zu integrieren.

Dem territorialen Prinzip, der Abwehr in Schlüsselzonen in für einen potentiellen Aggressor wichtigen Operationsräumen sowie der Sicherung des gesamten Staatsgebietes kommt besondere Bedeutung zu.

Die Abwehr wird umso wirksamer sein, je mehr sie sich auf vorbereitete Anlagen der Landesbefestigung schützen kann.

Die Bildung der Verbände der Bereitschaftstruppe und die Bildung der Verbände der Landwehr kann nur im Rahmen der Gesamtstruktur des Heeres gesehen werden. Der Planungsablauf sowie die Überleitung der Verbände in eine neue Struktur müssen daher stufenweise und vor allem unter Bedachtnahme einer jederzeitigen Sicherstellung der Mobilmachung vorprogrammiert werden.

Die Umstellung des bisherigen Mob Rahmens auf

- 23 -

6-Monate Grundwehrdiener wird bis 1976/1977 abgeschlossen sein.

Das österreichische Bundesheer wird seine Aufgaben umso erfolgreicher erfüllen können, je wirkungsvoller es durch Maßnahmen auf den nicht-militärischen Gebieten der umfassenden Landesverteidigung sowie durch das ganze Staatsvolk einschließlich seiner Bereitschaft zum organisierten waffenlosen Widerstand unterstützt wird.

Das österreichische Verteidigungskonzept folgt dem Grundsatz des hohen Eintrittspreises. Das Bundesheer muß daher beitragen, jeden Angriff auf Österreich als nicht lohnend erscheinen zu lassen und dadurch eine abhaltende Wirkung auszuüben.

Alle Anstrengungen auf dem Gebiete der Landesverteidigung müssen daraufhin ausgerichtet sein, den unbedingten Willen zur Bewahrung der Unabhängigkeit sowie der Unversehrtheit des Staatsgebietes glaubhaft erkennen zu lassen.

Dadurch werden die Bemühungen der österreichischen Sicherheitspolitik sinnvoll ergänzt.

- 24 -

V. Die Ausbildung

1. Allgemeines

Die Änderung der Wehrstruktur, vor allem aber die Verkürzung und Umschichtung der Dienstzeit erzwang auch eine völlige Neuplanung der Ausbildungsrichtlinien. Als oberste Grundsätze waren eine weitgehende Rationalisierung, der Abbau überflüssiger Formalismen sowie die zielgerichtete, vor allem aber für die künftige Verwendung in der Landwehr-Organisation geeignete Ausbildung vorgegeben. Bei der Kommandantenausbildung aller Grade wird den Prinzipien eines modernen Führungsstils noch mehr Raum gegeben als bisher. Im Rahmen der staatsbürgerlichen Erziehung kommt es in Zukunft weniger darauf an, das während der Schulzeit ohnedies Erlernte neuerdings zu wiederholen, sondern die Republik Österreich als erhaltenswert und verteidigungswürdig darzustellen, die rechtliche und moralische Funktion ihrer Landesverteidigung in einem demokratischen Lernprozeß zu vermitteln sowie die Möglichkeiten des Bundesheeres als friedensbewahrendes Instrument aufzuzeigen. Das Ziel ist, den in jeder Armee erforderlichen Gehorsam durch Einsicht und freie, leistungsorientierte Mitarbeit zu erreichen, um für die große Mehrheit der wehrwilligen Staatsbürger das Mittel des Zwanges gar nicht zur Anwendung bringen zu müssen. In einer freien, demokratischen Gesellschaft wird der mitdenkende und aufgabenbewußte Soldat, der Staatsbürger in Uniform als ein integrierter Teil der

- 25 -

sozialen Struktur unserer Bevölkerung und nicht als ein Außenseiter, eher bereit sein, Opfer auf sich zu nehmen als der desinteressierte und nicht-engagierte. Der Grundgedanke, daß jeder einzelne Soldat, gleichgültig in welcher Funktion er verwendet wird, an der Verteidigung der Republik Österreich verantwortlich Anteil zu nehmen hat, wird sich in Zukunft immer stärker durchsetzen. Die gesellschaftspolitische Entwicklung in Österreich hat einen Stand erreicht, der es unmöglich erscheinen läßt, mit Ausbildungsmodellen von gestern einer Bedrohung von morgen glaubwürdig begegnen zu können.

Dem defensiven Auftrag des Bundesheeres entsprechend, werden die Übungsthemen für die Gefechtsausbildung vorrangig aus den Kampfformen Verteidigung und Hin-haltender Kampf gewählt. Weiters wird das Zusammenwirken gemischter Verbände (Landwehr und Panzertruppe) in der Abwehr geübt sowie die Kampfführung in Anlehnung an feste Anlagen besonders geschult.

2. Ausbildung im ordentlichen Präsenzdienst

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Unterrichtsmedien und die neuen pädagogischen Erkenntnisse haben methodische Verbesserungen in der Ausbildung notwendig gemacht. Die Änderung der Wehrstruktur, vor allem aber die Verkürzung und Umschichtung der Dienstzeit beschleunigte die Bestrebungen zum Aufbau eines "Zielorientierten Ausbildungssystems".

- 26 -

Das Wesen des Systems liegt darin, daß die Grundwehrdiener in ihren Ausbildungsgängen definitorisch festgelegten, überprüfbaren Endzielen zugeführt werden, wobei Zeitbedarf, Methode und Zwischenziele weitgehend vom ausbildenden Kommandanten bestimmt werden. Der Ausbildungsstand wird dadurch einheitlich meßbar gemacht und die Eigeninitiative sowie der Leistungsanreiz der Ausbilder gesteigert. Das partnerschaftliche Verhältnis von Lehrer und Schüler gegenüber dem objektiven Ziel wird angeregt.

a) Grundwehrdienst

- Im Jahre 1974 wurde nach einem 2-jährigen Erprobungsstadium mit Erl. Zl. 304.500-AusBA/74 ("Allgemeine Grundwehrdienstausbildung") das neue Ausbildungssystem auf der Basis der vorläufigen Vorschrift "Ausbildungsmethodik" eingeführt. Es hat die Ausbildung während der ersten 10 - 12 Wochen im GWD (AGA) abgedeckt.
- In den Jahren 1974 - 75 wurden die Zielkataloge für die Waffeneigene Grundwehrdienstausbildung (WGA) in Arbeitsgruppen für sämtliche Waffengattungen erstellt und erprobt.
- Gegenwärtig werden die Zielkataloge überarbeitet und zusammengefaßt.
- Die Erprobungen der Ausbildung zum Reservekader haben gezeigt, daß die Dauer des Grundwehrdienstes nicht ausreicht um einen Gruppenkommandanten/Landwehr heranzubilden. Die Erprobung der Ausbildung zu Landwehr-Chargen

- 27 -

(Gruppenkommandant-Stellvertreter, Truppenkommandant) wurde auf das Jahr 1976 erweitert. Es laufen die Erprobungen: stellvertretender Gruppenkommandant/Jägergruppe, stellvertretender Kommandant/Pioniergruppe, Kommandant/rPAKTrupp.

- Für die Ausbildung der Maturanten mit geteiltem Grundwehrdienst wurden im Jahre 1972 Ausbildungsrichtlinien mit dem Ziel der Ausbildung zum stellvertretenden Kommandanten/Jägergruppe erlassen. Der Ausbildungsgang machte eine Zusammenfassung dieser Maturanten notwendig. Diese Ausbildung widersprach vielfach der Eignung des Personenkreises, sowie gruppendynamischen Gesichtspunkten und wurde mit Erl. Zl. 339.833-AusbA/75 neu geregelt. Die Maturanten mit geteiltem Grundwehrdienst werden nun auf Waffengattungen und Truppenkörper aufgeteilt und erhalten im ersten Teil eine Ausbildung gemäß Zielkatalog AGA, im 2. Teil entsprechend der Waffengattung gemäß Zielkatalog WGA.

b) Truppenübungen (TÜ)

Die Ausbildung ist mit Schwergewicht auf die Umstellung der Verbände ausgerichtet; sie erstreckt sich auf:

- Allgemeine Truppenübungen (A-TÜ). Diese werden seit 1973 nach den Ausbildungsrichtlinien für die TÜ 1973 (Erl. Zl. 338.900-AusbA/73 und Erl. Zl. 312.700-AusbA/72) durchgeführt.

- 28 -

- Vorbereitungs-Truppenübungen (V-TÜ). Diese sind seit 1975 in allgemeiner Voraussetzung für die Beordneten-Truppenübungen (B-TÜ). Hierzu sind Ausbildungsrichtlinien mit Erl. Zl. 319.317-AusbA/74 (an das Armeekommando) ergangen. Die praktische Ausbildung an Waffe und Gerät sowie die Gefechtsausbildung haben Vorrang.
- Beordneten-Truppenübungen (B-TÜ). Diese dienen seit 1975 der stufenweisen Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft von Einheiten bzw. kleinen Verbänden. Die Einsatzfähigkeit der Einheiten wird bei Gefechtsübungen überprüft. Bei diesen Gefechtsübungen wird die gesamte orgplanmäßige Führungs- und Versorgungsstruktur des kleinen Verbandes eingesetzt.
- Instruktionen. Bei den Instruktionen kommt es auf die Erhaltung und Festigung der vollen Einsatzbereitschaft der Verbände bzw. Einheiten an. Für die Ausbildung der Wachkompanien gelten die mit Zl. 315.907-AusbA/74 sowie die mit Zl. 320.105-AusbA/74 ergangenen Richtlinien.

3. Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung seit 1971

Wie schon dargelegt, kam es nicht nur darauf an, die Ausbildung den neuen Dienstzeitregelungen anzupassen, sondern auch durch die vor allem organisatorisch gegebenen Voraussetzungen zu verbessern. Solche Maßnahmen bezogen sich auf folgendes:

a) Ausbildungsmethodik und Ausbildungsmittel- Ausbildungsmethodik:

- (1) Bildung der "Arbeitsgruppe Ausbildungsmethodik".
- (2) Durchführung von bisher insgesamt 45 Kursen "Ausbildungsmethodik" zur Schulung des Ausbildungskaders (25 Teilnehmer pro Kurs).
- (3) Im Jahre 1976 Durchführung von 6 Seminaren "Ausbildungsmethodik und Menschenführung". Zusätzlich verstärkte Schulung des Kaders innerhalb der kleinen Verbände in Ausbildungsmethodik unter Einsatz des "Fernlehrganges Ausbildungsmethodik".

- Ausbildungsfilme:

- (1) Herstellung neuer Ausbildungsfilme.
1976 Herstellung von insgesamt 6 Ausbildungsfilmen. Durchschnittszahl der Vorführung durch die Truppe pro Film und Jahr ca. 600. Derzeit vorhandene österreichische Ausbildungsfilme: 65.
- (2) Erhöhung des Kopienstandes der österreichischen Ausbildungsfilme auf durchschnittlich 35 bis 40 Kopien pro Film. Eine weitere Erhöhung des Kopienstandes ist unbedingt erforderlich (Endziel 60 Kopien pro Film).

- Programmierter Unterricht:

- (1) Bildung der "Arbeitsgruppe für Programmierten Unterricht".

- 30 -

(2) Erstellung weiterer Programmierter Unterrichte durch die Arbeitsgruppe für Programmierten Unterricht (Derzeit 10 Lehrprogramme in Bearbeitung). Bisher 17 Lehrprogramme (Gesamtauflage 191.000 Stück) an die Truppe ausgegeben.

- Dia-Reihen:

- (1) Weitere Dia-Reihen zu Ausbildungsfilmen in Bearbeitung (zu jedem Ausbildungsfilm ist eine Dia-Reihe als zusätzliches Ausbildungsmittel vorgesehen).
- (2) Dia-Reihe zu Ausbildungsthemen der AGA und WGA in Bearbeitung.

b) Schießanlagen

- Seit 1971 beschafft und in Betrieb:
 - 7 Schulschießanlagen
 - 8 Schulgefechtsschießanlagen
 - 2 Einzelgefechtsschießanlagen
 - 1 Gruppen- und Zuggefechtsschießanlage
 - 1 JaBo-Schießanlage
 - 4 Panzerscheibenzuganlagen
 - 2 funkgesteuerte Klappfallscheibenanlagen (MARWIESEN, LIZUM)
- 1976 werden fertig:
 - 2 Schulschießanlagen (RAMSAU/MOLLN und STAMMERSDORF)
 - 3 Schulgefechtsschießanlagen (RAMSAU/MOLLN 2 x ALLENTSTEIG)

- 31 -

1 Gruppen- und Zugsegechtsschießanlage
(RAMSAU/MOLLN)

1 Panzerscheibenzuganlage (RAMSAU/MOLLN)

4. Übungsplätze (Stand 1.7.1976)

a) Seit 1971 wurden folgende Unterkunftsn Neubauten
auf Truppenübungsplätzen errichtet:

RAMSAU/MOLLN	1 Unterkunft	(330 Mann)
AUALM	2 Baracken	(80 Mann)
HOCHFILZEN	2 Unterkünfte	(300 Mann)
SEETALERALPE	1 Unterkunft	(120 Mann)
(Bau eingeleitet für	4 Unterkünfte	880 Mann)
BRUCKNEUDORF	1 Unterkunft	(160 Mann)
ALLENTSTEIG	5 Unterkünfte	(1.100 Mann)

b) Ferner wurde im Februar 1976 erstmalig ein Versuch
mit Behelfsunterkünften (Wohn-Containern) eingeleitet auf dem Truppenübungsplatz

MARWIESEN	8 "Einheiten"	(64 Mann)
-----------	---------------	------------

5. Schießausbildung

Die Gefechtsausbildung und die Schießausbildung, die auch die waffentechnische Ausbildung einschließt, bilden ein untrennbares Ganzes. Zur Vereinheitlichung dieses Ausbildungszweiges wurden (bzw. werden demnächst) nachstehende Vorschriften ausgegeben:

a) Neufassung der Vorschrift "Allgemeine Schießausbildung". Sie bildet die Grundlage für die Schießausbildung mit allen Handfeuerwaffen sowie

- 32 -

mit dem MG 42 und dem PAR 70, außerdem für die Handhabung der Splitterhandgranate 72.

- b) Panzerschießvorschrift, II. Teil "Panzerschießausbildung". Sie regelt die Ausbildung der Richtschützen von Kampfpanzern sowie der Bordschützen von Schützenpanzern. Sie enthält auch ein Schießprogramm für die Fortbildung der Kommandanten von Kampffahrzeugen.
- c) "Sicherheitsbestimmungen für das Scharfschießen mit allen Waffen". In dieser Vorschrift wurden alle bisherigen Sicherheitsbestimmungen - vielfach in Ausbildungs- und Waffenvorschriften sowie in Erlässen verstreut - zusammengefaßt.

Beilagen

2-7

Zur näheren Erläuterung wird auf die Beilagen 2 - 7 hingewiesen.

6. Körperausbildung

Der Körperausbildung kommt bereits heute, nicht nur für die Leistungsfähigkeit der Soldaten, sondern vor allem auch im Interesse der Volksgesundheit, große Bedeutung zu. Diese wird in den kommenden Jahren sicherlich noch zunehmen. Ein allmähliches Ansteigen der Prozentsätze von Wehrpflichtigen, die zum Dienst mit oder ohne Waffe dauernd oder vorübergehend nicht geeignet sind, sollte diese Feststellung ebenso erhärten wie die Klage der Truppe über die geringe körperliche Leistungsfähigkeit, insbesondere bei Marschübungen, der tauglichen Soldaten. Um aber eine

zielorientierte Körperausbildung überhaupt betreiben zu können, bedarf es der Heranbildung entsprechend qualifizierter Kaderleute.

Beilage

8

Aus der Beilage 8 kann ersehen werden, welche Bemühungen unternommen werden, um diesen Bedarf zu decken, aber auch welche Vorhaben geplant sind, um die "Sportmitbeteiligung" und nicht den "Sportzwang" anzustreben.

Im Jahr 1973 wurde die Vorschrift für die Körperausbildung (VKA), Teil A und B, an die Truppe ausgegeben. Der Militärsport ergänzt die dienstliche Körperausbildung und führt zu Erfolgen bei internationalen Wettkämpfen.

Beilage

9

Für nähere Einzelheiten wird auf Beilage 9 hingewiesen.

Beilage

10

Auch die Schwimmbildung nimmt im Bundesheer einen sehr wichtigen Raum ein. Einzelangaben mögen der Beilage 10 entnommen werden.

Allgemein darf hinzugefügt werden, daß mit Jahresende 1975 im Rahmen des österreichischen Bundesheeres seit Beginn der vom BMfLV angeordneten und gesteuerten Schwimmbildung insgesamt 33.000 Nichtschwimmer zu Freischwimmern und 17.774 Schwimmer zu Rettungsschwimmern herangebildet wurden.

Neben der Heranbildung von geeignetem Lehrpersonal zur Körperausbildung bedarf es auch der Verbesserung und Neuanlage von Sportstätten, um die sportliche Betätigung richtig und interessant gestalten zu können. Die Erfüllung des Zehnjahresplanes für den Sportstättenbau im Bundesheer (1967 - 1977) kann als gesichert angesehen werden.

- 34 -

Beilage

11

Über die steigende Zahl von Sportanlagen gibt die Beilage 11 nähere Auskunft.

Neben der dienstlichen Hilfestellung zur Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit der heranwachsenden Jugend unterstützt das BMfLV auch den auf Vereinsbasis bestehenden Österreichischen Heeres-sportverband. Eine Aufschlüsselung über dessen stetige Fortentwicklung, aber auch über seine Tätigkeit wird auf Beilage 12 gegeben.

Beilage

12

7. Sonderausbildung

Der Sonderausbildung, vor allem dem Jagdkampf und Kommandounternehmen, der Fallschirmspringer- und Luftlande- sowie der Taucherausbildung wird beim Bundesheer ganz besonderes Augenmerk geschenkt. 1974 erschien der Ausbildungsbehelf "Einsatz von Luftlandekräften" und 1975 die Vorläufige Ausbildungsvorschrift für das Bundesheer "Jagdkampf und Kommandounternehmen".

Die bei internationalen Vergleichskämpfen erzielten Erfolge weisen das Ausbildungsniveau besonders aus. Nähere Einzelheiten sind in der Beilage 13 ersichtlich.

Beilage

13

Dem Hochgebirgscharakter eines Teiles der österreichischen Bundesländer und der dadurch bedingten militärischen Aufgabenstellung entsprechend wird auch die Heranbildung von qualifiziertem Alpinpersonal gefördert.

Beilage

14

Im einzelnen wird auf Beilage 14 hingewiesen.

- 35 -

Die Ausbildung im ABC-Abwehrdienst wird in Anpassung an zeitgemäße Verhältnisse durchgeführt und verbessert. Dabei sind die Bestimmungen des Strahlenschutzgesetzes von Bedeutung, die dem Bundesheer bestimmte Aufgaben zuweisen.

Gemäß einem Übereinkommen mit dem österreichischen Zivilschutzverband werden von dessen Ausbildungspersonal praktische Unterweisungen in Erster Hilfe bei den Wehrmännern aller Einrückungstermine durchgeführt. Hiebei wird auch das Verständnis der Soldaten für die Einrichtungen der zivilen Landesverteidigung geweckt.

Beilage
15

Einzelheiten veranschaulicht Beilage 15.

8. Staatsbürgerliche, heimatkundliche und heeresgeschichtliche Erziehung

Abgesehen von den unter Ziffer V, Absatz 1, erwähnten allgemeinen Grundsätzen ist in erster Linie der § 35 des Wehrgesetzes für die Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehung maßgebend. Darin heißt es:

- (1) Die Ausbildung hat allen Soldaten neben der militärischen Ausbildung auch die Kenntnis ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, insbesondere der aus dem Völkerrecht abgeleiteten, zu vermitteln.
- (2) Im Bundesheer ist der österreichische Vaterlands- und Staatsgedanke zu pflegen. Die Soldaten sind anzuleiten, das persönliche Interesse dem Wohle

- 36 -

des Ganzen unterzuordnen, über den Rechten des einzelnen die Pflichten gegenüber der Gesamtheit nicht zu vergessen.

Beilage

16

Ein Tätigkeitsbericht möge aus der Beilage 16 zur Kenntnis genommen werden.

Zeitgemäße Traditionspflege unterstützt diesen Ausbildungszweig. So wurde z.B. im Jahre 1975 die Traditionspflege der ehemaligen B-Gendarmerie eingeführt.

9. Schulung und Förderung des Führungsnachwuchses

Die Zuverlässigkeit der Truppe hängt unter anderem von der Qualität des Führungspersonals ab. Es mußten daher neben der Bestrebung, die männliche Jugend für diese herausfordernde Aufgabe wieder stärker zu engagieren, die Bildungs- und Laufbahnmodelle kritisch überprüft werden.

a) Offiziersausbildung

Durch eine Arbeitsgruppe wurde im Frühjahr 1973 dem BMfLV eine Studie für eine zielorientierte, moderne Offiziersausbildung vorgelegt. Diese wurde im Februar 1976 im Hinblick auf die geänderten Personalverhältnisse neuerlich überarbeitet. Das neue Modell berücksichtigt nunmehr die zwischen dem BMfUuK und dem BMfLV getroffene Feststellung über die Gleichwertigkeit des Studiums an der Theresianischen Militärakademie mit den Pädagogischen Akademien des Bundes.

- 37 -

b) Unteroffiziersausbildung

Auch hierfür wurde eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen für moderne Unteroffiziersausbildung bestellt. Die Arbeiten sind inzwischen abgeschlossen und sollen zur Übermittlung entsprechender Vorlagen an den Gesetzgeber verwendet werden.

Das neue Modell berücksichtigt insbesondere die erhöhte Verantwortlichkeit des Unteroffiziers. Deshalb werden bei der Ausbildung zum Unteroffizier die Fächer Menschenführung sowie Unterrichts- und Ausbildungsmethodik berücksichtigt.

c) Kaderübungen-Ausbildung (KÜ)

Die durch die WG-Novelle 1971 neugeschaffenen Institutionen der KÜ erforderten die Ausarbeitung von entsprechenden Ausbildungsplänen. Dabei wurde vom Grundsatz ausgegangen, daß in max. 4 KÜ für Reserveunteroffiziers- bzw. max. 6 KÜ für Reserveoffiziers-Anwärter unmöglich "allgemein ausgebildetes" Personal einer Waffengattung herangebildet werden kann. Daher wurde nach eingehenden Untersuchungen für die KÜ das Prinzip der "funktionsgezielten Ausbildung" festgelegt.

(Es wird also z.B. nicht ein Unteroffizier der Artillerie herangebildet, sondern z.B. der Geschützführer einer 10,5 cm leichten Feldhaubitzenbatterie). Zwangsläufig ergab sich aus der Festlegung dieses Grundsatzes, daß bei jeder Waffengattung für alle mobtmäßig benötigten Funktionen eigene KÜ-Ausbildungspläne erarbeitet werden mußten. Dies erfolgte sowohl für

- 38 -

"Reserveoffiziersanwärter und Reserveoffiziere" als auch für "Chargen und Unteroffiziere der Reserve".

Die Neuregelung der funktionsgezielten Ausbildung hat sich im allgemeinen sehr bewährt. Die Anzahl der - freiwillig - Kaderübenden ist jedoch trotz aller Werbemethoden unzureichend geblieben.

Um den Bedarf an Reservekaderpersonal zu decken, wäre daher die gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung von Kaderübungen in Betracht zu ziehen.

d) Freiwillige Waffenübungen (fWÜ)

Um Ausbildung und Durchführung von freiwilligen Waffenübungen zielführend zu vereinheitlichen und um schneller als nur durch KÜ zu qualifiziertem Personal zu gelangen, wurden die Ausbildungspläne der KÜ und der fWÜ vereinheitlicht. Es ist also nunmehr möglich, daß trotz wechselnder Aufeinanderfolge von fWÜ und KÜ eine einheitlich aufbauende Ausbildung für den Reservekadernachwuchs sichergestellt ist.

Die Beibehaltung der Institutionen der fWÜ und die Förderung dieser gestattet eine wesentlich frühere Heranbildung von qualifiziertem Reservekaderpersonal.

e) Fremdsprachenausbildung

Die Fremdsprachenausbildung beinhaltet zwei verschiedene Sparten:

- 39 -

- (1) Die Heranbildung von hochqualifiziertem Personal (an der Universität ausgebildete Dolmetscher/Diplomdolmetscher) als Dolmetsch-offiziere für Zwecke des BMfLV, höherer Stäbe und als Lehrer für die Fremdsprachenausbildung an den Akademien des Bundesheeres. Auf den Bedarf ausgerichtet befinden sich an den Hochschulen Dolmetschoffiziere für folgende Sprachen in Ausbildung:
- aa) ENGLISCH
 - bb) ENGLISCH (technische Fachsprache)
 - cc) RUSSISCH
 - dd) SERBOKROATISCH
 - ee) RUMÄNISCH
- (2) Heranbildung von sprachkundigem Kaderpersonal zur Verwendung bei der Truppe für einfache Dolmetsch- und Übersetzungsaufgaben. Hiebei wurde als neuer Schwerpunkt die Ausbildung für Sprachen der Anrainerstaaten gelegt, während ENGLISCH und RUSSISCH nur mehr für Fortgeschrittene fortgesetzt wird. Die Heranbildung von sprachkundigem Personal der Anrainersprachen ist von höchster Dringlichkeit, da in einigen Jahren sprachkundige ältere Jahrgänge nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Die Kurse finden nach dem Gesichtspunkt statt, daß im Bereich eines Bundeslandes nur die jeweiligen Anrainersprachen vermittelt werden.

- 40 -

f) Managementausbildung

Die Ausbildung von qualifizierten aktiven Heeresangehörigen (Offiziere und Beamte) wurde laufend intensiviert. Führungskräfte sowie Lehr- und Fachpersonal aller Ebenen wurden zu Schulungskursen an in- und ausländische Institutionen entsandt, und zwar

- (1) Österreichische Akademie für Führungskräfte (für höhere und mittlere Führungskräfte).
- (2) Akademie für Organisation (für mittlere Führungskräfte).
- (3) Österreichisches Produktivitätszentrum, Wirtschaftsförderungsinstitut und Berufsförderungsinstitut.
- (4) Tagung und Kongresse (für Fachpersonal der Medizin, Technik usw.).

g) Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung (EF)

Die bis 1972 geltende Regelung der EF-Ausbildung mußte geändert werden, weil

- 1968 die Verkürzung des ROA-Kurses auf nur drei Wochen erfolgte
- durch gesetzliche Urlaubsregelung diese drei Wochen aber auf weniger als vierzehn Tage zusammenschmolzen

- 41 -

- durch Änderung der Einberufungstermine der Grundwehrdiener die Truppenbewährung der EF zeitlich so ungünstig lag, daß die EF zur Ausbildung der Neueinrückenden nicht herangezogen werden konnten
- alle Erfahrungsberichte darauf hinwiesen, daß der ROA-Kurs zeitlich völlig unzureichend sei und wesentlich erweitert werden müßte.

Beilagen
17, 18

Die seit 1973 geltende Regelung sowie das Laufbahnbild sind den Beilagen 17 und 18 zu entnehmen.

Die Neuregelung hat sich bewährt. Die Anzahl der Einjährig-Freiwilligen ist auch wieder gestiegen; sie reicht aber nicht annähernd an den für das MobHeer erforderlichen Bedarf an Reserveoffizieren heran. Auf diesem Gebiet wird ebenfalls eine gesetzliche Lösung in Richtung auf vermehrte Gewinnung von EF erwogen werden müssen.

Beilagen
19, 20

Näheres ist aus den Beilagen 19 und 20 zu entnehmen.

- 42 -

VI. Personalwesen1. Allgemeines

Aus der bisherigen Personalentwicklung ist ersichtlich, daß sich die neue Wehrstruktur und auch der moderne Führungsstil, welcher den Gegebenheiten und Vorstellungen junger Menschen besser entspricht, bei den Wehrpflichtigen eines zunehmenden Interesses erfreuen. Dies zeigt sich vor allem durch mehr Verpflichtungen zu längerem Wehrdienst. Dem gegenüber wird während der kommenden Jahre mit einem verhältnismäßig höheren natürlichen Abgang - vor allem durch Pensionierung - zu rechnen sein, weil dies der Altersschichtung des Bundesheeres entspricht.

Bevor Vergleiche aus der nachstehenden Statistik gezogen werden, muß noch auf einen Sachverhalt hingewiesen werden. Durch das neue Wehrrecht wurde eine weitere Personengruppe geschaffen, welche zwischen den seinerzeitigen oPD und den zVS bzw. Berufssoldaten steht, nämlich die der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener (fvGWD).

Bei den fvGWD und GWD (8 Monate) zeigt sich folgende Entwicklung:

Stichtag	fvGWD	GWD (8 M)
10. 9.1971	537	55
10.12.1971	904	906
10. 3.1972	1162	2248

- 43 -

Stichtag	fvGWD	GWD (8 M)
10. 6.1972	1149	144
10. 9.1972	1228	1233
10.12.1972	1399	2042
10. 3.1973	1560	3395
10. 6.1973	1388	320
10. 9.1973	1402	1984
10. 1.1974	1386	3619
10. 4.1974	1443	6171
10. 7.1974	1577	3000
10.10.1974	1654	4328
10. 1.1975	2190	5459
10. 4.1975	2420	6682
10. 7.1975	2978	5327
10.10.1975	3106	5858
10. 1.1976	3596	3653
15. 3.1976	4167	102 +)

So wesentlich die Entwicklung auf dem Gebiete der erwähnten Personengruppe, vor allem für die rasche Aufstellung der Bereitschaftstruppe, aber auch für die Gewinnung von Kaderpersonal ist, darf man sie aber nur im Zusammenhang mit der Gesamtkaderentwicklung sehen.

Das seinerzeit viel zitierte Defizit an diversem Kaderpersonal wurde inzwischen wesentlich verringert.

Ab Mitte 1973 begann sich am Kadersektor eine Aufwärtsentwicklung anzubahnen, die im April 1975 zur vollen Besetzung der freien Dienstposten im Dienstpostenplan geführt hat.

+) Abrüstungstermin!

Mit Stichtag 20.4.1976 sind allein in der Armee rund 7500 GWD (8 M) zu erwarten.

- 44 -

Beilagen
21 + 21 a

Eine detaillierte Darstellung der Kaderentwicklung ist den Beilagen 21 und 21a zu entnehmen.

2. Nebengebührenregelung

Das Inkrafttreten der 24. GG-Novelle brachte eine völlige Neugestaltung des Besoldungsrechtes, wobei die Durchführung der neuen Bestimmungen im militärischen Bereich besonders kompliziert ist. So mußte die Einzelabgeltung der Überstunden und Bereitschaftszeiten im gesamten Ressort rückwirkend ab 1.12.1972 in die Wege geleitet werden. Die Abgeltung der besonderen militärischen Dienste (Standortoffizier, Offizier vom Tag u.dgl.) mit Journaldienstzulage war ebenfalls erforderlich. Weiters müßte generell geregelte (pauschalisierte) Nebengebühren für bestimmte Personengruppen (ca. 60 verschiedene) im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen in die neuen Nebengebührenbestimmungen des GG 1956, in der Fassung der 24. GG-Novelle, übergeleitet werden. Die erlaßmäßige Neuregelung (Überleitung) dieser Nebengebühren und die bescheidmäßige Feststellung der Ansprüche im Einzelfall wurden durchgeführt. Erforderlich waren rund 40.000 Bescheide. Näheres siehe Beilage 22.

Beilage

22

Ein noch offenes Problem auf dem Nebengebührensektor, welches einer (legistischen) Lösung bedarf, ist die praktisch nicht durchführbare nebengebührenmäßige Abgeltung insbesondere der Überstunden und Bereitschaftszeiten bei einem Einsatz gemäß § 2 Abs. 1 lit. a des Wehrgesetzes (Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenzen der Republik).

- 45 -

Es wäre denkbar, die betroffenen Bediensteten im Einsatzfall gemäß § 2 Abs. 1 lit. a WG, durch legistische Maßnahmen von der Anwendung der Nebengebührenbestimmungen, gegen Zuerkennung einer entsprechenden "Ersatzzulage", auszuschließen. In dieser Angelegenheit wurde das Bundeskanzleramt bereits befaßt.

3. Standesführung

Auf dem Gebiete der Standesführung wurde neben den üblichen Standesbehandlungen an der Errichtung eines Personalinformationssystems (PERSIS) im erheblichen Umfang mitgearbeitet. Nach der IST-Aufnahme, kritischen Durchleuchtung der IST-Aufnahme, wurde das Konzept für das PERSIS erstellt. Anschließend wurde die Auswahl, Aufnahme und Speicherung aller personenbezogenen Daten durchgeführt. Außerdem wurde ein Standesführungsheft erstellt, der für jeden Personalvorgang eine detaillierte Beschreibung und ein Muster vorsieht. Die Aufnahme der historischen Daten kann fast als abgeschlossen betrachtet werden. Die aktuellen Daten werden laufend von den Stellen, bei denen die Datenveränderungen anfallen, gespeichert. Außerdem werden die gespeicherten Daten laufend auf Richtigkeit überprüft.

Neben des Pers-file wurde ein Ist-Stärke-file und ein Dienstposten-Bewirtschaftungs-file erstellt. Dadurch wurde es möglich, alle bisher immer von der Truppe zu erstellenden Meldungen einzustellen und alle Auswertungen ausschließlich nur mehr aus dem PERSIS zu erstellen.

- 46 -

Dies brachte eine große Arbeitersparnis. Weiters wurde verschiedene "Antrags-PVC" entwickelt, bei denen der Standesführer nur mehr einen kurzen Code absetzen muß und der Sachbearbeiter im BMFLV durch das PERSIS den Antrag und alle jene Daten, die er für die Erledigung konkret benötigt, erhält. Mit 1.1.1976 wurde erstmals für den ganzen Personalstand das Personalstandesverzeichnis durch das PERSIS erstellt. Neben diesen Standard-Auswertungen, zu denen noch die IST-Stärkemeldung, Dienstpostenbesetzungsmeldung, Offiziersstellenbesetzung u.v.a. zählen, können die gespeicherten Daten außerdem über Abfragestationen von berechtigten Personen in Form von direkten oder variablen Fragen abgefragt werden. Durch die Erstellung eines Sicherheitssystems (jeder bekommt nur jene Daten, die er für die Bearbeitung seiner geschäftsordnungsmäßig zugewiesenen Agenden benötigt) wurde dem Datenschutz voll Rechnung getragen.

4. Stellungsverfahren

Das neue Stellungsverfahren wurde zunächst beim Militärkommando NÖ (Stellungshaus ST.PÖLTEN) eingeführt. 1977 folgen die Militärkommanden STMK und KTN und voraussichtlich 1978 WIEN. Für die Militärkommanden OÖ und T sind die baulichen Planungen noch nicht abgeschlossen.

Das neue Stellungsverfahren bringt eine wesentlich gründlichere Feststellung der Gesundheit und zusätzlich eine Testung des körperlichen und geistigen Leistungsvermögens der Wehrpflichtigen. Es wird vor allem die Grundlage für eine bessere Auswahl bei der

Einberufung zum GWD mit dem Ziel bilden, "den richtigen Mann an den richtigen Platz" zu bringen.

Beilagen
23 + 24

Näheres ist den Beilagen 23 und 24 zu entnehmen.

5. Einberufung zum Grundwehrdienst

Das WG § 28a Abs. 2 besagt u.a., daß Wehrpflichtige unter Bedachtnahme auf den Wohnsitz einzuberufen sind. Daher klagen Truppe und Wehrpflichtige mit Recht über die Einberufung in ein anderes als das dem Wohnsitz entsprechende Bundesland, da einerseits das Interesse dieser Wehrpflichtigen am freiwillig verlängerten Grundwehrdienst äußert gering und andererseits eine Flut von Versetzungsgesuchen in ihre Heimat garnisonen die Folge ist.

Um dem Grundsatz zu entsprechen, die Wehrpflichtigen in Garnisonen möglichst nahe ihrer Heimatgemeinde zum Grundwehrdienst einzuberufen, muß allmählich die Voraussetzung geschaffen werden, daß in jedem Bundesland auch tatsächlich die dort organisationsgemäß aufgestellten Truppenkörper in der Lage sind, das Kontingent der jeweils anfallenden tauglichen Wehrpflichtigen aufnehmen zu können. Dieser Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten macht sich besonders in den Bundesländern OÖ, STMK und VLBG bemerkbar.

Aber auch umgekehrt müßten genügend Wehrpflichtige vorhanden sein, um den Truppenbedarf decken zu können. Da diese beiden Voraussetzungen in keinem Bundesland voll zutreffen, ergeben sich notgedrungen territorial und bevölkerungspolitisch bedingte Verschiebungen bei der Einberufung.

- 48 -

In VORARLBERG fallen je Einrückungstermin etwa 420 Wehrpflichtige an, von denen lediglich 160 im eigenen Bereich untergebracht werden können, die anderen müssen in die Bundesländer T und S BG einberufen werden.

Durch diese Verschiebung ist es notwendig, daß ca. 15 % der Wehrpflichtigen aus TIROL nach SALZBURG einberufen werden müssen.

Aus SALZBURG werden zu jedem Einrückungstermin etwa 1500 Wehrpflichtige benötigt, aber nur 800 Salzburger stehen zur Verfügung.

In OBERÖSTERREICH fallen je Einrückungstermin etwa 2200 Wehrpflichtige an, davon können nur ca. 50% in Heimatgarnisonen einberufen werden, der Rest muß zu einem Drittel in SALZBURG und zu zwei Drittel in NIEDERÖSTERREICH den Grundwehrdienst leisten. Da letztere in verbindungsmäßig günstig erreichbare Garnisonen West-NIEDERÖSTERREICHs einberufen werden, weitet sich die Verdrängung von WEST-Niederösterreichern zum Teil in ostwärtige Garnisonen NIEDERÖSTERREICHs und in das BURGENLAND aus.

In NIEDERÖSTERREICH werden etwa 3300 Wehrpflichtige je Einrückungstermin gebraucht, während nur ca. 2500 zur Verfügung stehen; der Rest ergibt sich aus dem oben geschilderten Zuzug von OBERÖSTERREICH sowie aus WIEN.

Auch BURGENLAND kann seinen Wehrpflichtigenbedarf von 750 Mann nicht voll aufbringen, weil nur 600 zur Verfügung stehen.

Aus dem Ergänzungsbereich WIEN kommen je Einrückungstermin etwa 1600 Wehrpflichtige zur Einberufung. Aber

- 49 -

nur etwa 800 können in WIEN bleiben, während der Rest in benachbarte Garnisonen der Bundesländern NIEDERÖSTERREICH und BURGENLAND einberufen werden muß.

In der STEIERMARK besteht ebenfalls ein Überschuß an Wehrpflichtigen gegenüber der Aufnahmefähigkeit (Verhältnis ca. 2200 zu 1500). Es werden daher regelmäßig ca. 300 Oststeirer in die südlichen Garnisonen des BURGENLANDES einberufen, während ca. 250 Steirer aus den Bezirken Mürzzuschlag, Bruck/Mur nach Wr. Neustadt bzw. Großmittel zur Einberufung kommen müssen. Außerdem sind ca. 250 Wehrpflichtige aus der STEIERMARK zu den in KÄRNTEN garnisonierenden Korpstruppen (TelBaon 2, PiBaon 2 und HVKp 2) einzuberufen.

KÄRNTEN beruft fast alle Wehrpflichtige im eigenen Bereich ein, bis auf etwa 5% zu Einheiten, die in der STEIERMARK stationiert sind.

Da zahlreiche Einberufungsbefehle nicht zustellbar sind bzw. aufgrund von berechtigten Befreiungs- und Aufschubansuchen zurückgenommen werden, müssen regelmäßig mehr Wehrpflichtige als angeordnet einberufen werden, mit dem Ziel, daß am Einrückungstag und womöglich auch nach den Einstellungsuntersuchungen das angeordnete Kontingent sich auch tatsächlich voll bei der Truppe befindet.

Beilage

25

Siehe Ersatzverteiler, Beilage 25.

Die erlernten bzw. ausgeübten Berufe spielen bei der Einberufung eine große Rolle, da ca. 50% des gesamten Kontingentes für die Systemerhaltung benötigt werden.

- 50 -

Besonders die technischen Berufe (Mechaniker aller Sparten), gewisse handwerkliche Berufe (z.B. für die Pioniertruppe), Köche oder verwandte Berufe und maschinschreibkundiges Personal sind von Interesse.

Aufgrund einer von der Ergänzungsabteilung angeregten Verfügung erfolgt die Einteilung der Wehrpflichtigen dieser Berufssparten nicht mehr nach einem starren Verteiler, sondern aufgrund von Anforderungen der Truppe direkt bei der territorial zuständigen ErgAbt/MilKdo vor jedem Einberufungstermin.

Die Einberufung der Einjährig-Freiwilligen (EF) erfolgt in der Masse Ende September.

Die Entwicklung der als EF-Einberufenen aufgrund ihrer freiwilligen Meldung seit 1968:

1968	1.804
1969	1.507
1970	935
1971	511
1972	411
1973	303
1974	397
1975	478

Nach wie vor besteht für Maturanten die Möglichkeit, den GWD in zwei Teilen (jeweils Juli bis September des Jahres, in dem die Matura abgelegt wird und im darauffolgenden) zu absolvieren, wenn sie die Absicht haben im Jahr der Matura ein Hochschulstudium zu beginnen.

Von dieser Möglichkeit machten Gebrauch:

1973	1.148
1974	887
1975	360

- 51 -

Seit 1975 besteht auch wieder die Möglichkeit, vom Aufschub des Antrittes des GWD aus Studiengründen nach § 29 Abs. 6 lit. b WG für alle Studienrichtungen Gebrauch zu machen.

6. Befreiungen und Aufschübe

Beilagen

26,26a,27,
27a,28,28a,
29,29a

Die Beilagen 26, 26a, 27, 27a, 28, 28a, 29 und 29a geben einen genauen Überblick über die gewährten Aufschübe und Befreiungen.

Allgemein ist daraus erkenntlich, daß Befreiungen aus öffentlichen, wirtschaftlichen und familiären Interessen bisher nur in einem Ausmaß von 3,3 % der stellungspflichtigen Jahrgänge bewilligt wurden. Die Hälfte all dieser Befreiungen kamen der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung zu Gute, obwohl diese nur 16 % der Gesamtbevölkerung ausmacht.

7. Truppenübungen

Vom 4.9.1972 - 31.12.1975 wurden

122.954 Wpfl zur Teilnahme an Tü einberufen, von denen
103.749 Wpfl an der Tü teilnahmen.

Aufgrund eingebrachter Ansuchen wurden bei
5.129 Wpfl ein Aufschub von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Tü und bei

1.881 Wpfl eine Befreiung von der Verpflichtung zur Teilnahme an den Tü gewährt; bei

3.008 Wpfl wurden die Einberufungsbefehle vor Beginn der Tü zurückgezogen und

2.580 Wpfl konnten wegen Erkrankung und bestätigter Nichtreisefähigkeit an den Tü nicht teilnehmen; bei

- 52 -

6.142 Wpfl waren die Einberufungsbefehle nicht zustellbar, sodaß über die Gemeinden und Meldeämter die neuen Anschriften eruiert werden mußten.

465 Wpfl erschienen nicht zu den Tü. Bei diesen Wpfl wurde nach durchgeführter Untersuchung und Feststellung eines begründeten Fernbleibens der Einberufungsbefehl nachträglich zurückgezogen. Bei den unbegründet ferngebliebenen Wpfl wurden durch die zuständige ErgAbt/MilKdo die Anzeigen erstattet.

Der Anteil der an den Tü nicht teilgenommenen zu den einberufenen Wpfl betrug:

1973	13,3%
1974	14,9 %
1975	17,5 %

8. Reserveoffiziere, Reserveoffiziersanwärter, Reserveunteroffiziere, Reserveunteroffiziersanwärter (Waffenübende).

Die Entwicklung der Stände von 1971 bis 1976 siehe Beilage 19; Standesmeldung (Reservisten).

Beilage

19

Die seit 1961 auf Grund der WG-Novelle 1960 praktisch begonnene Heranbildung des erforderlichen Reservekorps hat folgende Ziele:

Heranbildung von Reserveoffizieren und Reserveunteroffizieren, vor allem für den Truppendienst

Militärische Weiterschulung der ausgeschiedenen Präsenzdienster

Besetzung möglichst aller Mobstellen des gesamten Reserveheeres.

- 53 -

Reserveoffiziere:

Die bisherigen Ergebnisse zeigten eine zunächst stetig ansteigende (Höchstquote 1969 mit plus 789) dann absinkende (niedester Stand 1974 mit plus 302) und ab 1975 wieder eine steigende Tendenz.

Vergleichszahlen:

Mit 1,7,1966 Stand an aktiven	Offizieren:	2.052	1 : 1
	RO:	2.152	
1.1.1970	Offizieren:	2.235	1 : 2
	RO:	4.523	
1.1.1976	Offizieren:	2.457	1 : 2,1
	RO:	7.064	

Die WG-Novelle 1966 brachte eine wesentliche Verbesserung des weiteren planmäßigen Ausbaues durch

forcierte Vergrößerung des Reserveoffizierskorps
und verstärkte Ausbildung der Reservisten

Ausbau der Infrastruktur des RO-Korps durch Ausbildung und Verwendung in allen Dienstzweigen

Verbesserte Mobstellenbesetzung des Reserveheeres mit Reservisten

Heranziehung von Reservisten zu langfristigen Dienstleistungen (Fährlich auf Zeit) sowie Verwendung im Ausland.

Die obigen Maßnahmen waren durch die nun mögliche fünffache Ausbildungszeit in zwei Jahren gegenüber 1961 bis 1965, die Heraufsetzung der Altersgrenze auf das vollendete 65. Lebensjahr und die Zulassung zu allen Dienstzweigen in der Reserve durchführbar. Laufende Instruktionen/Inspektionen unterstützten noch die militärische Weiterbildung der Reservisten. Erwartungsgemäß brachten diese Verbesserungen, die mit einer Erhöhung der materiellen Leistungen im

- 54 -

Rahmen der freiwilligen Waffenübungen (fWÜ) verbunden waren, eine erhebliche Steigerung der Zuwachsrate im jährlichen Durchschnitt. Die Dienstgrade in der Reserve konnten bis zum Oberst d.Res. aller Dienstzweige angehoben werden.

Die WG-Novelle 1969 brachte u.a. die Einsatzmöglichkeit von RO (Lt d.Res bis Hptm d.Res.) als Offizier auf Zeit bei der Truppe mit bis zu 10-jähriger Dienstleistung. Infolge dieser Verbesserungen wurde mit 1.4.1970 der zweifache Stand an Reserveoffizieren gegenüber den Berufsoffizieren erreicht. Dadurch war u.a. damals die laufende Besetzung des Austrian Field Hospitals/CYPERN und des UNO-Bataillons ohne besondere Auswahl Schwierigkeiten möglich. Ebenso war eine ausreichende Mobstellenbesetzung des aktiven Heeres und der Reservetruppenkörper gegeben.

Die jährliche Zuwachsrate an Reserveoffizieren und Reserveunteroffizieren veranschaulicht nachstehende Übersicht:

1970	+ 576 RO	+ 99 RUO	(WÜ)
1971	+ 505 RO	+ 151 RUO	"
1972	+ 380 RO	+ 136 RUO	"
1973	+ 382 RO	+ 108 RUO	"
1974	+ 302 RO	+ 130 RUO	"
1975	+ 317 RO	+ 165 RUO	"
1976	+ 461 RO	+ 57 RUO	"

Die zahlenmäßige Entwicklung des Reserveoffiziers- und Reserveunteroffizierskorps (WÜ) ist aus folgender Statistik ersichtlich; der Stand an Berufsoffizieren einschließlich Vertragsbediensteten/Sondervertrag und Offizieren auf Zeit ist als Vergleich in Klammer hinter der Zahl der Reserveoffiziere angeführt.

- 55 -

<u>Stichtag</u>	<u>Stand an RO</u>	<u>aktiv</u>	<u>RUO</u>	<u>(WÜ)</u>
1.1.1970	4.523	(2.235)	643	"
1.1.1971	5.099	(2.267)	794	"
1.1.1972	5.604	(2.300)	930	"
1.1.1973	5.984	(2.357)	1.038	"
1.1.1974	6.286	(2.357)	1.168	"
1.1.1975	6.603	(2.386)	1.333	"
1.1.1976	7.064	(2.457)	1.390	"

Vergleichszahlen für Vertragsbedienstete/Sondervertrag (Fähnrich auf Zeit) und Offizier auf Zeit

1970	Fhr aZt 34	Offz aZt 32
1976	Fhr aZt 37 (Zugang 9%)	Offz aZt 120 (Zugang 300 %)

Hiezu sei erwähnt, daß auf Grund der derzeitigen Organisation des Bundesheeres als anzustrebendes Fernziel die Erreichung des Verhältnisses von Berufs- zu Reserveoffizieren von 1 : 6 anzusehen wäre.

Mit dem derzeitigen Stand an Reserveoffizieren hat sich eine ausreichende Situation in der Mobstellenbesetzung durch Reservisten im Führungskader ergeben. Durch den zusätzlichen Einsatz von Reservisten im Ausland, (UN-Einheiten), werden die Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten sinnvoll ergänzt. Auch die langfristigen Dienstleistungen von RO als Offiziere auf Zeit haben sich sehr bewährt und bewirken, neben dem Ausgleich der ungünstigen Altersstruktur des Berufsoffizierskaders, eine wirksame Verbesserung der Ausbildung des Reserveoffizierskorps.

- 56 -

VII. Verteidigungshaushalt

Das Verteidigungsbudget war seit Aufstellung des österreichischen Bundesheeres nie so bemessen, daß die Zielvorstellungen der Ressortminister und ihrer Fachleute in dem von ihnen gewünschten Umfang erfüllbar gewesen wären. Hinzu kam eine immer stärker in Erscheinung tretende Ambivalenz zwischen dem ständigen Absinken des Budgetanteiles des Verteidigungsressorts zum Gesamthaushalt und den laufend anwachsenden gesetzlichen Verpflichtungen. Die Folge war, daß dem Ressort für Investitionen ein immer geringer werdender finanzieller Spielraum zur Verfügung stand.

Von 1945 bis 1955 hatten sich die Bedürfnisse der verschiedenen Ressorts an die finanziellen Möglichkeiten des Haushaltes angepaßt. Als durch die Erlangung der vollen Souveränität und die Verpflichtung zur bewaffneten Neutralität mit dem Bundesheer ein zusätzlicher Bedarfsträger in Erscheinung trat, war man der Auffassung, daß vorerst einmal ein Budgetanteil von rund vier Prozent genügen könne, weil größere Geldmittel wegen der Überlassung von Ausrüstung, Waffen und Gerät von seiten der ehemaligen Besatzungsmächte nicht notwendig erschienen.

Die alliierten Rüstungsgeschenke brachten auch Nachteile. Einmal wurden durch die infrastrukturellen Voraussetzungen der Waffen- und Geräteüberlassungen Organisationsformen geradezu erzwungen, die jenen der Spender angepaßt und wie sich in weiterer Folge herausstellen sollte, nicht in allen Bereichen den Bedürfnissen eines

- 57 -

Kleinstaatess entsprachen. Zum anderen veranlaßten sie die militärische Führung, nach den Modellvorstellungen von Großmächten und deren kleineren, aber in Bündnissen integrierten Allianzpartner zu planen, anstatt nach einem, dem unabhängigen Kleinstaat gemäßen System zu suchen. Zum dritten stellten sie für die verantwortlichen politischen Faktoren eine "Überbrückungshilfe" dar, um nicht sofort mit größeren Budgetmitteln den materiellen Aufbau des Bundesheeres betreiben zu müssen.

Da jedoch ein Teil dieses Gerätes bald weder als glaubwürdiges Verteidigungsmittel angesehen werden konnte, noch die Erhaltungskosten ökonomisch durch ständig steigende Reparaturkosten vertretbar erschienen, wurde, allerdings im Denkansatz an überlieferte Organisationsvorstellungen, an eine schrittweise Erneuerung herangegangen.

Es gelang nicht, den Gesetzgeber von den finanziellen Notwendigkeiten zu überzeugen, weshalb der Weg über Auslandsanleihen beschritten wurde. Eine ständig steigende Vorbelastung der Ressortmittel war die Folge.

Während der Ungarnkrise 1956 waren die ersten Schwächen erkennbar, aber das im Aufbau befindliche Bundesheer offensichtlich noch nicht als wichtiger Faktor der Glaubhaftmachung unserer Neutralitätspolitik voll anerkannt, um daraus auch finanzielle Konsequenzen zu tragen.

Die nächste Belastungsprobe während der krisenhaften Ereignisse in der CSSR 1968 ließen sowohl die organisatorischen als auch die ausrüstungsmäßigen Schwachstellen - vor allem im Bereich der Luftraumüberwachung -

- 58 -

deutlich werden und führten daher auch zu einem finanziellen Impuls, der sogenannten "Wehrmilliarde". Als jedoch die Schockwirkung wieder nachgelassen hatte, wurden 60,9 % dieser geldlichen Hilfeleistung durch Hineinnahme in das darauffolgende Jahresbudget wieder aufgesogen.

Bei Amtsantritt der Bundesregierung am 21.4.1970 war durch das Bundesfinanzgesetz 1969 der Budgetanteil für das Verteidigungsressort bereits vorfixiert. Er betrug 4,014 Mrd Schilling - bei einer Vorbelastung von 3,31 Mrd Schilling für die Jahre 1971 - 1977 - an In- und Auslandsverschuldungen.

Als nach Beschlußfassung der Wehrrechtsnovelle 1971 und über die Empfehlung des LV-Rates vom 11.1.1973 durch den Ministerrat am 16.1.1973 die Heeresgliederung 1972 angenommen wurde, lagen die Kostenberechnungen für die Auf- und Umstellungsphase so rechtzeitig vor, daß für 1973 mit über 5 Mrd Schilling den Erfordernissen des Ressorts Rechnung getragen werden konnte. Dadurch war es nicht nur möglich, den für 1973 vorgesehenen Ausbildungsbetrieb zu intensivieren und die stetig steigenden Kosten für die ständig anwachsende Zahl von Truppenübungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der erforderlichen Inspektionen/Instruktionen zu decken, sondern auch Neuanschaffungen, insbesondere am Kraftfahrzeugsektor zur Ermöglichung der Außerdienststellung des längst unwirtschaftlich gewordenen Gerätes, vornehmlich große Restbestände der amerikanischen Gerätehilfe aus 1955, sowie die weitere Tilgung der Vorbelastungen durchzuführen.

- 59 -

Das Verteidigungsbudget von 1973 brachte eine Erhöhung um 14,2 %. Die Vorbelastungen von 3,3 Mrd Schilling aus 1970 wurden bis Juni 1973 auf 1,9 Mrd Schilling reduziert.

Die Anhebung des Landesverteidigungsbudgets im Jahre 1974 (15,7 % des Grundbudgets) zeitigte insoferne Früchte, als im Sachaufwand vor allem der laufende Betrieb, vermehrt anfallende Übungsvorhaben sowie flankierende Maßnahmen zur Heeresorganisation sichergestellt werden konnten.

Durch die zusätzliche Freigabe von Mitteln des Konjunkturausgleichsvoranschlags im Jahre 1975 waren darüber hinaus auch Investitionen größeren Umfanges, besonders auf dem Gebiete der Heeresmotorisierung möglich und sicherten dadurch in einer Zeit wirtschaftlicher Rezession der österreichischen Fahrzeugindustrie wertvolle Arbeitsplätze. Durch die Schaffung neuer attraktiver und zweckmäßiger Uniformsorten konnte die österreichische Textilwirtschaft entscheidend mit Aufträgen versorgt werden.

Da die Aufwendungen zur Erhaltung des laufenden Betriebes mit zunehmend höheren Kosten verbunden sind und das vorhandene Gerät - bedingt durch den technischen Stand sowie begründet durch militärische Forderungen - ersetzt werden muß, wurde ab dem Jahre 1973 ein mittelfristiges Investitionsprogramm vorbereitet, welches vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1973 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

- 60 -

Dieses 8-jährige Investitionsprogramm sieht Beschaffungen in der Höhe von 10,2 Mrd Schilling vor und soll auf dem Gebiet der Landwehr, der Heeresmotorisierung, der Panzerabwehr, der Luftraumüberwachung und der Infrastruktur die erforderlichen Investitionen gewährleisten. Die jährliche Investitionsrate beträgt ca. 1,2 Mrd Schilling.

Bedingt durch das Bundesministeriengesetz 1973, mit welchem auch Kompetenzen auf dem Gebiet des Bauwesens geändert wurden, sowie verursacht durch neue Entwicklungen auf dem Waffen- und Gerätesektor sowie nicht unwesentliche Preissteigerungen erfolgt derzeit eine Überarbeitung des 8-jährigen Investitionsprogrammes beginnend ab 1975 - 1982.

Beilagen
30, 31

Auf die Beilagen 30 und 31 wird verwiesen.

VIII. Auslandsbeziehungen, UN-Einsätze

1. Einsätze des österreichischen Bundesheeres für friedenserhaltende Maßnahmen der Vereinten Nationen

- a) Die innerstaatliche Rechtsgrundlage über die Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen ist durch das BV-G vom 30. Juni 1965, BGBl.Nr.173, durch das BG vom 14. Juli 1965, BGBl.Nr.233, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.Nr.272/1971 und BGBl.Nr.370/1975, sowie für den Rahmen der Gewährung von Auslandseinsatzzulagen durch das BG vom 14. September 1972, BGBl.Nr.375, geregelt.
- b) Die Republik Österreich beteiligt sich mit Bundesheerkontingenten derzeit in zwei Spannungsbereichen und zwar
- in Cypern als Teil der United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP)
 - (1) mit einer Feldambulanz (UNFICYP Medical Centre = UMC). Sie besteht seit 19.10.1973 in einer Stärke von 14 Mann (davon 3 Ärzte) und hat teilweise jene Aufgaben zu erfüllen, die vom 14.4.1964 - 18.10.1973 das österr. Feldlazarett bei UNFICYP (Stärke 54 Mann) wahrgenommen hat. (Der Einsatz endete am 10. April 1976).
 - (2) mit einem Jägerbataillon. Dieses Bataillon befindet sich seit 3.5.1972 in Cypern, war zunächst im Westteil der Insel

- 62 -

(Verwaltungsbezirk PAPHOS) eingesetzt und verlegte am 3.12.1973 in den Verwaltungsbezirk LARNACA, im Südosten der Insel. Das Bataillon besteht aus dem Bataillonskommando, einer Stabskompanie und 2 Jägerkompanien (davon eine mit einem zusätzlichen Aufklärungszug). Die Gesamtstärke beträgt mit 1.1.1976 297 Mann. Das Bataillon besetzt nördlich und nordwestlich von LARNACA 10 Stützpunkte an der sogenannten "confrontation line" zwischen griechisch-cypriotischen und türkischen Truppen.

- (3) mit Personal des Bundesheeres im Hauptquartier der UN-Streitkräfte in NICOSIA seit 26.6.1968, derzeit 11 Mann, davon 3 Offiziere.

- Im Nahen Osten

- (1) mit der Abstellung von 10 Beobachteroffizieren und 2 Sanitätsunteroffizieren bei der United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO).

Dieser Einsatz wurde am 14.12.1967 mit zunächst 8 Beobachteroffizieren beiderseits des Suezkanals begonnen. Seit 1973 werden die österreichischen Beobachter an allen israelischen Grenzen eingesetzt und sind zur Zeit auf folgende UN-Kontrollzentren verteilt:

Damaskus 1, Tiberias 3, Nagoura 2 (vorher Beirut), Jerusalem 4, Kairo 2.

- (2) mit einem Jägerbataillon als Teil der United Nations Disengagement Observer Force

- 63 -

(UNDOF) in Syrien. Dieses Bataillon war seit 26.10.1973 in Ägypten eingesetzt und wurde ab 3.6.1974 nach Syrien verlegt. Das Bataillon besteht aus dem Bataillonskommando, einer Stabskompanie und 3 Jägerkompanien. Mit einer Gesamtstärke von derzeit 497 Mann besetzt es 21 Stützpunkte auf den Golanhöhen in der Pufferzone zwischen Syrien und Israel.

(3) mit Personal des Bundesheeres im Hauptquartier der UN-Streitkräfte in DAMASKUS seit 10.6.1974, derzeit insgesamt 24 Mann, darunter der Kommandant von UNDOF und weitere 5 Offiziere.

- c) Insgesamt befinden sich mit Stand vom 1.1.1976 857 österreichische Militärpersonen im UN-Auslandseinsatz, wobei bei den Bataillonen der Anteil an Reservisten ca. 73 % beträgt. Vorliegende Freiwilligenmeldungen von ca. 6.000 Mann lassen erwarten, daß Österreich auch in Zukunft seinen den Vereinten Nationen gegenüber eingegangenen Zusicherungen klaglos nachkommen kann.
- d) Die Einteilung für einen UN-Einsatz erfolgt in der Regel für 6 Monate. Nur das Personal in den Hauptquartieren, die UN-Beobachter sowie einige Schlüsselpositionen in den Bataillonen werden in der Regel für 12 Monate eingeteilt. Die Ablösungen der Bataillone erfolgen alle 3 Monate zu je ca. 50 % und zwar mit Charterflügen, die die UNO bisher immer an die AUA vergeben hat.

- 64 -

- e) Die UNO refundiert nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel und nach den von der Generalversammlung genehmigten Grundsätzen einen Teil der Österreich durch die Entsendung von Soldaten entstehenden Mehrkosten. Für die vergangenen 10 Jahre der österreichischen UN-Beteiligung (1964 - 1974) ergibt sich folgende Bilanz:

Von Österreich getragene Mehrkosten	137,09 Mio öS
Von der UNO zu refundierende Mehrkosten	193,80 Mio öS
(davon noch offen	38,53 Mio öS)

Für das Jahr 1975 liegen noch keine genauen Zahlen vor, da die Modalitäten der Refundierung zum Teil noch nicht endgültig abgehandelt sind.

Nicht enthalten in diesen Zahlen sind die finanziellen Leistungen Österreichs bzw. der UNO, die das österreichische Polizeikontingent in Cypern (Zuständigkeitsbereich des BMfI) betreffen.

- f) Im Sinne unserer aktiven Neutralitätspolitik darf darauf hingewiesen werden, daß der österreichische Beitrag zu friedenserhaltenden Aufgaben nicht nur bei der Organisation der Vereinten Nationen, sondern auch bei zahlreichen Ländern der Staatsgemeinschaft hohe Anerkennung gefunden hat; dies nicht zuletzt wegen des tadellosen, disziplinierten Auftretens der bisher 5.749 ins Ausland entsendeten Offiziere, Unteroffiziere, Chargen und Wehrmännern des Bundesheeres.

2. Militärdiplomatische Beziehungen (Militärattachédienst)

- a) ÖSTERREICH unterhält unmittelbare militärdiplomatische Beziehungen mit UNGARN, JUGOSLAWIEN, ITALIEN, mit den beiden neutralen Staaten SCHWEIZ und SCHWEDEN sowie mit den Vertragspartnern des Staatsvertrages FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, der SOWJETUNION, den Vereinigten Staaten von AMERIKA und ferner mit der BRD.

Von den insgesamt 10 österreichischen Militärattachés werden durch Mitakkreditierung 10 weitere Länder mitbetreut, und zwar:

von UNGARN	- BULGARIEN
von JUGOSLAWIEN	- RUMÄNIEN
von SCHWEDEN	- FINNLAND u. NORWEGEN
von GROSSBRITANNIEN	- NIEDERLANDE
von FRANKREICH	- BELGIEN u. LUXEMBURG
von UdSSR	- POLEN
von USA	- KANADA
von BRD	- DÄNEMARK

Mit der CSSR bestehen noch keine militärdiplomatischen Beziehungen, sie sind jedoch in Vorbereitung. Demnach werden von den 10 österreichischen Militärattachés militärdiplomatische Beziehungen zu insgesamt 20 Ländern aufrecht erhalten.

- b) Gegenwärtig sind 17 Länder durch Militärattachés (die USA auch mit einem Luftattaché) mit dem Amtssitz in WIEN vertreten. Darüberhinaus nehmen 9 weitere Militärattachés durch Mitakkreditierung vom Ausland aus ihre Aufgaben in ÖSTERREICH wahr.

- 66 -

Ihren Amtssitz in WIEN haben die Militärattachés folgender Länder:

BELGIEN	NORWEGEN
CHINA	POLEN
BRD	RUMÄNIEN
DDR	SCHWEIZ
FRANKREICH	SOWJETUNION
GROSSBRITANNIEN	SÜDAFRIKA
ITALIEN	UNGARN
JUGOSLAWIEN	USA
KOREA	

Die Militärattachés folgender Länder werden durch Gehilfen unterstützt, und zwar:

CHINA, DDR, FRANKREICH und die Vereinigten Staaten von AMERIKA durch je einen, die SOWJETUNION durch drei Gehilfen.

Nachstehende Länder sind durch Militärattachés mit dem Amtssitz im Ausland in ÖSTERREICH vertreten:

BULGARIEN	von ITALIEN aus
FINNLAND	von JUGOSLAWIEN aus
GRIECHENLAND	von JUGOSLAWIEN aus
LIBANON	von ITALIEN aus
SCHWEDEN	von der SCHWEIZ aus
SPANIEN	von der BRD aus
SUDAN	von der BRD aus
TUNESIEN	von der BRD aus
TÜRKEI	von JUGOSLAWIEN aus.

IX. DIE HEERESVERSORGUNG

Die logistischen Erfordernisse des Bundesheeres werden durch dessen Aufgaben, wie sie in der Bundesverfassung festgelegt und in der "Verteidigungsdoktrin" näher definiert sind, bestimmt. Alle Maßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, das Bundesheer zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben mit den dafür erforderlichen Gütern und Dienstleistungen zeitgerecht in der dafür erforderlichen Qualität und Quantität am Bedarfsort zu versorgen. Versorgungsführung und -durchführung müssen auf den Einsatzfall hin orientiert sein.

Die VERSORGUNGSFÜHRUNG hat ein den neuen Organisationsstrukturverhältnissen entsprechendes Konzept für die Versorgung im Einsatz entwickelt. Dies sieht vor, daß die Bedarfsmeldungen der kleinen Verbände bei den jeweils unmittelbar vorgesetzten Kommanden zusammengefaßt und von dort direkt, auch unter Ausschaltung von Zwischenebenen, dem Armeeekommando oder sonstigem höheren operativ führenden Kommando zur Disposition übermittelt werden. Der Nachschub geschieht in umgekehrter Reihenfolge. Um allen Kommandoebenen die Möglichkeit zu geben die Versorgungslage der nachgeordneten Verbände bei ihren Entschlüssen zu berücksichtigen, werden kurzgefaßte Versorgungslagemeldungen abgegeben. Durch dieses System soll die Flexibilität der Versorgungsorganisation erhöht und der Zeitaufwand für die Bedarfsdeckung verringert werden. Da in diesem System der Informationsübertragung besondere Bedeutung zukommt, wurden die notwendigen Absprachen im Rahmen der Arbeitsgruppe Fernmeldeplanung gepflogen.

- 68 -

Dieses und die grundsätzliche Abgrenzung der Aufgaben zwischen Bundesministerium für Landesverteidigung, Armeekommando und Heeresmaterialamt für die Einsatzversorgung ermöglichen es, in nächster Zukunft die Vorschrift mit dem Arbeitstitel "Richtlinien für die Truppenversorgung" zu erstellen.

Die zur Einnahme der HG 72 vorgesehene Überleitung der Heeresversorgungstruppen in Armeeverversorgungstruppen steht in Bearbeitung und wird im Laufe des Jahres 1976 einer Regelung zugeführt werden.

Die im Jahre 1975 sich zunehmend positiv entwickelnde Zusammenarbeit zwischen militärischer Logistik und dem Arbeitsausschuß "Wirtschaftliche Landesverteidigung" soll besonders erwähnt sein.

Im Bereich der Materialverwaltung wurde das EDV-gestützte Informations-Dispositionssystem weiter ausgebaut. Noch umzustellen sind vordringlich die Bereiche Munition, Betriebsmittel, Lz-Gerät und Wi-Güter.

Im grundsätzlich-planenden Bereich der Materialwirtschaft wurden die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des Verteilerbereiches abgeschlossen.

In Arbeit stehen Fragen der Truppentechnik und der Optimierung der Versorgungs- und Instandsetzungsdienste der Heeresfliegerkräfte (OVID).

Gemäß Bundesfinanzgesetz 1975 standen für Zwecke der Versorgung aus dem Grundbudget beim finanzgesetzlichen Ansatz 1/40108 S 2.978 Mio zur Verfügung.

- 69 -

Hievon waren für Betrieb- und Instandhaltung S 2.275 Mio, für Investitionsgüter S 703 Mio veranschlagt, Gegenüber 1974 war dies eine Steigerung um 11,5 %.

Aus dem Konjunkturausgleichvoranschlag flossen ausschließlich der österreichischen Wirtschaft S 704 Mio zu.

Die Priorität der Beschaffung lag auf dem Munitions- und Kfz-Sektor.

Bei der Vollziehung des Budgetüberschreitungs-gesetzes 1974/75 ergaben sich insoferne Schwierigkeiten, als die Mittel verhältnismäßig spät im jeweiligen Budgetjahr verfügbar waren und ausschließlich für inländische Aufträge verwendet werden durften.

Bei der Deckung des Bedarfes des Bundesheeres mit Kraftfahrzeugen ist im Jahre 1975 durch Beschaffung von 591 gl LKW Pinzgauer, 130 gl LKW 680 M/M3, 9 Groß-Omnibussen und 44 Sonder-Kfz (alles österr. Erzeugnisse) im Werte von etwa S 300 Mio und durch in Beschaffung von 436 Kfz VW der verschiedensten Typen im Werte von etwa 41 Mio S eine fühlbare Erneuerung des Kfz-Bestandes erfolgt. Damit konnte durch die Ausscheidung von 825 alter Kfz US-Herkunft, die nur unwirtschaftlich in den früheren Jahren in Betrieb gehalten werden konnten, eine Verbesserung auf dem Kfz-Sektor insbesondere hinsichtlich der Betriebskosten erreicht werden.

Bei den Pinzgauer Typen wurden Waffenträger für die

- 70 -

Fliegerabwehr soweit vorbereitet, daß eine Ausrüstung der Truppe im Jahre 1976 möglich ist. Desgleichen ist die Ausrüstung des Prototyps für den sgl LKW 10 Tonnen mit 6 t Kran und Seilwinden der Firma ÖAF GRÄF & STIFT so weit fortgeschritten, daß der Erzeugung im Jahre 1976 nichts im Wege steht. Auf dem Kettensektor ergab sich die Vervollständigung der Ausrüstung des PanzerjägerK (Schießscheinwerfer, Werkzeuge etc.), jedoch steht die endgültige Entscheidung hinsichtlich eines modernen Entfernungsmessers (LASER-Gerätes) noch aus. Die Entwicklung des leichten Bergepanzers GREIF konnte in Zusammenarbeit mit den SAURER-WERKEN abgeschlossen werden, so daß dessen Serienfertigung ab 1976 erfolgen kann.

Die Ausrüstung des Bundesheeres mit Waffen kann hinsichtlich der leichten Waffen als gesichert und gut bezeichnet werden. Dabei spielt die gute Zusammenarbeit mit der heimischen Waffenindustrie eine erhebliche Rolle. Als Beispiel sei die Entwicklung und Produktion des Armee-Universalgewehres (AUG) und der Pistole P 18 Steyr genannt.

Desgleichen kann die Lage bei den schweren Infanteriewaffen mit Ausnahme mGrW und rPAK als ausreichend bezeichnet werden. Die Serienherstellung der für die PAK 52 wirksamen Hl-Granate wird gegen Ende 1976 beginnen und wird die Verstärkung der Panzerabwehr der Landwehr ergeben.

- 71 -

Zur Verbesserung der Situation bei der Fliegerabwehr wurde die Beschaffung von 160 Stück 2 cm Infanterieflak eingeleitet, die schwergewichtsmäßig in der Landwehr Verwendung finden wird.

Zur Steigerung der Effektivität der 3,5 Flak wird das moderne Feuerleitgerät 75 eingeführt. Um das Bundesheer in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben bei der Hilfeleistung bei Elementarereignissen ungewöhnlichen Ausmasses erfüllen zu können, wird die dringend notwendige Erneuerung des veralteten Pioniermaschinenparkes nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel nach einem vorliegenden Plan durchgeführt, wobei der Zeitplan unterschritten wurde.

Zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft des Luftfahrzeuges wurde im Jahre 1975 die Beschaffung von 12 Hubschrauber BELL OH 58 als Ersatz für die bereits ausgeschiedenen bzw. für die 1976 zur Ausscheidung kommenden Hubschrauber BELL H 13-H, sowie die Beschaffung von 12 Kampfzonentransportern PILATUS TURBOPORTER eingeleitet.

Die Auslieferung der beiden Flugzeugtypen erfolgt 1976.

Die Hubschrauber AB 204 B sollen in den nächsten Jahren ausgeschieden werden; die Auswahl eines Nachfolgemusters ist im Gange.

Die eventuell geplante Beschaffung von entsprechend leistungsfähigen Abfangjägern würde erhebliche technische, materielle und personelle Probleme mit sich

- 72 -

bringen, die aber - abgesehen von den budgetären Erfordernissen - bei rechtzeitiger Sicherstellung der unabdingbar erforderlichen flankierenden Maßnahmen lösbar erscheinen.

Die Fernmelde-Geräteausrüstung des Bundesheeres bedarf sowohl wegen des Gerätealters einer Erneuerung, als auch wegen der im Gange befindlichen Umstrukturierung des Heeres einer Erweiterung. Aufgrund des technischen Zustandes ist die vorhandene Fernmeldeausrüstung zu 50 % ausscheidungsreif. Die Konzeption des Bedarfes an Radargeräten, Fernmeldegeräten und Informationsverarbeitungseinrichtungen für die Luftraumüberwachung wird im Rahmen des Arbeitsstabes Luftraumbeobachtungssystem (LRBS) mitbearbeitet.

Die Instandsetzung ist infolge des großen Importanteiles an Rüstungsgütern von einer entsprechenden Bevorratung von Ersatzteilen abhängig. Für inländische Rüstungsgüter war es 1975 möglich, aus Mitteln der Stabilisierungsquote und der Konjunkturausgleichsquote Vorräte im kleinen Umfang anzulegen.

Am 1. 12. 1972 wurde im Sinne der Heeresgliederung 1972 aus den Heeresversorgungstruppen das HEERESMATERIALAMT geschaffen und diesem die Heeresbekleidungsanstalt BRUNN/Geb und sämtliche Heeres-Wirtschaftsanstalten unterstellt.

Beilage

Auf die Beilage 32 wird verwiesen.

32

- 73 -

Das HEERESMATERIALAMT weist in seinem Tätigkeitsbericht 1975 aus:

1. Der Arbeitsablauf des Jahres 1975 war für das Heeresmaterialamt zufriedenstellend:
 - der Nachholbedarf an Personal konnte, vor allem zu Beginn des Jahres 1975, zufriedenstellend abgedeckt werden,
 - die Werkstatt- und Lagerhausausrüstungen zu Ende des Jahres zum Teil modernisiert und ergänzt und
 - die Finanzierung auf dem Versorgungssektor im ausgewogenen Maße sichergestellt werden.
2. Weiters ist es durch rationelle Führung der Betriebe gelungen, vom 4-maligen Einrückungs- turnus auf den 2-maligen im Jahr überzugehen und gleichzeitig das Jungmännerkontingent herabzusetzen, so daß dem ARMEEEKOMMANDO jährlich um 560 Jungmänner mehr zur Verfügung stehen und auch für die ARMEE insoferne eine Entlastung eintritt, als 80 Jungmänner zweimal jährlich in den dem Heeresmaterialamt eigenen Kompanien ausgebildet werden,
3. Die Betriebsabläufe sind nun exakt erfaßt und es ist möglich, die geleisteten Arbeitszeiten mit den Hauptgeräten in Verbindung zu setzen und einzelnen Werkstätten zuzuordnen.
Die so gewonnenen Ergebnisse werden im Laufe dieses

- 74 -

Jahres für Betriebsanalysen, Betriebsvergleiche und Aufzeigen von Verlustquellen ausgewertet.

4. Abverkäufe von US-Kfz

Seit Beginn des Abverkaufes der US-Kfz wurden

2277 RäderKfz

317 GMC Seilwinden

27 Dodge Seilwinden

26 Abspulvorrichtungen

14 sonstige Artikel

verkauft und hiebei ein Erlös von S 14,046.090,64 erzielt.

5. Die Ausscheidungsrate für RäderKfz betrug 1975 1054 Kfz.

6. Die Generalüberholungen für das PanzerGerät M60A1 sind nun so organisiert, daß im 6 Jahrestakt die zeitgerechte Überholung werkstattmäßig zufriedenstellendverkräftet werden kann.

- 75

Das HEERESBESCHAFFUNGSAMT weist in seinem Tätigkeitsbericht 1975 aus:

Bestellstatistik :

Wertung nach Branchen

Branche	Jahresbestellsumme	% der Gesamtsumme
01 Waffen, Munition Sprengmunition	339.308.768,70	16,0
02 Fluggeräte und Zugehör	45.058.856,00	2,1
03 Kraftfahrzeuge, Ersatzteile	734.504.396,10	34,6
04 Feinmechanik, Optik Elektrotechnik	260.727.178,20	12,3
05 Metallverarbeitende Industrie, Maschinen, Werkzeuge	163.552.898,00	7,7
06 Bauten, Baumaterial	19.929.763,90	,9
07 Holz, Sportger., Papier, graphische Erzeugnisse	21.052.773,60	,9
08 Leder, Textilbekleidung	238.185.560,30	11,2
09 Chemie, Glas, Porzellan, Kunststoffe	46.285.596,10	2,1
10 Brenn-, Kraft-, Schmier- stoffe, Energie	164.609.113,30	7,7
11 Nahr-, Genußmittel, Futter, Tiere	21.903.181,10	1,0
12 Diverses	63.588.588,90	3,5
Gesamtjahres- bestellsumme	2.118.706.674,20	100,0 %

Die Bestellsumme enthält keine Umsatzsteuer und sonstige Abgaben. Alle Summen sind in Schilling angegeben.

Ohne Truppenerfordernisse: wie Jahreskreditverläge, Verpflegung, Ausgabebefugnisse, Kleinbauvorhaben usw.

- 76 -

Auswertung INLAND nach Branchen

Branche	Jahresbestellsumme	% der Gesamtsumme		
		Inland	Branchen Total	
01 Waffen, Munition, Sprengmunition	130.904.272,40	7,7	6,1	38,5
02 Fluggeräte und Zugehör	2.979.834,00	,1	,1	6,6
03 Kfz-Ersatzteile	730.718.566,20	43,0	34,4	99,4
04 Feinmechanik, Optik, Elektrotechnik	111.082.126,40	6,5	5,2	42,6
05 Metallverarb. Industrie, Maschinen, Werkzeuge	155.298.348,70	9,1	7,3	94,9
06 Bauten, Baumaterial	19.929.763,90	1,1	,9	100,0
07 Holz, Sportgerät, Papier, graphische Erzeugnisse	21.015.739,10	1,2	,9	99,8
08 Leder, Textil- bekleidung	237.341.411,30	13,9	11,2	99,6
09 Chemie, Glas, Porzellan, Kunststoffe	45.681.478,10	2,6	2,1	98,6
10 Brenn-Kraft- Schmierstoffe, Energie	164.606.688,10	9,6	7,7	99,9
11 Nahr-Genußmittel Futter, Tiere	21.903.181,10	1,2	1,0	100,0
12 Diverses	55.648.895,10	4,0	2,6	87,5
Gesamtjahres- bestellsumme I N L A N D	1.697.110.304,40	100,0	80,1	xxxx

Die Bestellsumme enthält keine Umsatzsteuer und sonstige Abgaben.
Alle Summen sind in Schilling angegeben.

Ohne Truppenerfordernisse: wie Jahreskreditverläge,
Verpflegung, Ausgabebefugnisse, Kleinbauvorhaben, usw.

- 77 -

Auswertung A U S L A N D nach Branchen

Branche	Jahresbestellsumme	% der Gesamtsumme		Branche
		Ausland	Total	
01 Waffen,Munition, Sprengmunition	208.404.496,30	49,4	9,8	61,4
02 Fluggeräte u. Zugehör	42.079.022,00	9,9	1,9	93,3
03 Kfz-E-Teile	3.785.829,90	,8	,1	,5
04 Feinmechanik,Optik, Elektrotechnik	149.645.051,80	35,4	7,0	57,3
05 Metallverarb. Industrie,Maschinen Werkzeug	8.254.549,30	1,9	,3	5,0
06 Bauten,Baumaterial	,00	,0	,0	,0
07 Holz,Sportgerät, Papier,graphische Erzeugnisse	37.034,50	,0	,0	,1
08 Leder,Textilbekldg	844.149,00	,2	,0	,3
09 Chemie,Glas, Porzellan,Kunst- stoffe	604.118,00	,1	,0	1,3
10 Brenn-Kraft- Schmierstoffe, Energie	2.425,20	,0	,0	,0
11 Nahr-Genußmittel, Futter, Tiere	,00	,0	,0	,0
12 Diverses	7.939.693,80	2,3	,3	12,4
Gesamtjahres- bestellsumme A U S L A N D	421.596.369,80	100,0	19,8	xxxx

Die Bestellsumme enthält keine Umsatzsteuer und sonstige Abgaben. Alle Summen sind in Schilling angegeben.

- 78 -

Das AMT für WEHRTECHNIK hat in seinem umfassenden Wirkungsbereich die Versorgung des Bundesheeres durch technische Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Industrie, durch Verbesserungen an bereits eingeführtem Gerät, durch Wahrnehmung der Belange des technischen Fachpersonals in ausbildungsmäßiger Hinsicht und im Bereich der technischen Sicherheitsbestimmungen wesentlich unterstützt.

Das HEERESGEBÜHRENAMT weist in seinem Tätigkeitsbericht 1975 darauf hin, daß es personell und materiell für seine Aufgabe gerüstet ist. Nach bisherigen Erfahrungen haben etwa 60 % der Wehrpflichtigen, die zu einer Übung herangezogen wurden, einen Entschädigungsantrag gestellt.

Im Jahre 1975 wurden über 44.287 Anträge auf Entschädigung und Geldleistung bescheidmäßig abgesprochen. Hierbei handelt es sich um 3.736 Anträge für das Jahr 1974 (Rückstand infolge Personalmangel) und 40.551 Anträge für das Jahr 1975.

Der Tätigkeitsbericht des HEERES-BAU- und VERMESSUNGSAMTES ist im Punkt X behandelt.

- 79 -

X. BAUANGELEGENHEITEN

Das HEERES-BAU- und VERMESSUNGSSAMT weist in seinem Tätigkeitsbericht 1975 aus:

1. Übungs- und Schießplätze:

- GRAZ-FELIFERHOF: Neubau der Schulschießanlage, Sanierung der Schulgefechtsschießanlage
- MOLLN/RAMSAU: Neubau der Schulschießanlage, Schulgefechtsschießanlage, Einzelgefechtsschießanlage, Gruppengefechtsschießanlagen, Panzerscheibenzuganlage ASTENALM
- TÜPL SEETALERALPE: Ausbau-Zufahrtsstraße-REITERBAUER bis KOPFSTATION; Grundbedingung, daß 1976 mit dem Neubau des A-Lagers begonnen werden kann
- TÜPL ALLENTSTEIG: Durchführung des Sanierungsprogrammes einschließlich Straßenherstellungen
- Umfangreiche Instandsetzungsarbeiten in allen Munitionslagern und auf den Truppenübungsplätzen
- STAMMERSDORF: Ausbau (Beginn 1977)
- WILDLINGS: Generalsanierung (Beginn 1976, Fertigstellung 1977)
- CONTAINER: Beschaffung als Zeltersatz 2. Rate

- 80 -

2. Neubau-Abschlußbericht für 1975

Fertigstellung und Übergabe:

- Freischichtgebäude KOLOMANNSBERG
- Ständige Stellungskommission St. PÖLTEN
- WELS, Hessenkaserne, Mannschaftsgebäude III

3. Wohnungsbau

Fortführung des Wohnbaubeschaffungsprogrammes

4. Diverse Munitionslagerbauten

5. Planungsvorhaben (1967/77)

- TÜPL ALLENTSTEIG 5 Objekte für übende Truppe (1976 fertig), Unterkünfte ÜbPlKp (Baubeginn 1976)
- WELS Mannschaftsgebäude (Fertigstellung 1976)
- Stellungskommission GRAZ und KLAGENFURT (Baubeginn 1976)
- Wr.NEUSTADT, Bechtoldsheimkaserne (Baufertigstellung 1976)
- Betriebsgebäude und Rettungskolonne HÖRSCHING (Baubeginn 1976) , LANGENLEBARN (Baubeginn 1976)
- Sonderfinanzierungsprogramm:
Errichtung von 10 - 12 Mannschaftsunterkünften in Fertigbauweise.

- 81 -

Die Mittel des Grundbudgets einschließlich der zusätzlich freigegebenen Gelder aus der Stabilisierungsquote reichen nicht aus, um die notwendigsten Baumaßnahmen sogleich zu realisieren.

- 82 -

XI. Verwaltungsvereinfachung

Durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) wird vor allem in den Bereichen

- Materialversorgung
- Ergänzungswesen
- Personalwesen

bereits jetzt ein wesentlicher Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet.

Ferner wurde zwecks Einführung eines EDV-gestützten Kanzleisystems für die erforderlichen Planungs- und Durchführungsarbeiten eine Arbeitsgruppe errichtet. Diese Arbeitsgruppe hat die Detailanalyse fertiggestellt und ein Grundkonzept sowie einen Realisierungsvorschlag ausgearbeitet. Nach Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Kapazität der EDVA ist beabsichtigt, mit 1. September 1976 den Testbetrieb aufzunehmen und die Umstellung mit 1. Jänner 1977 durchzuführen. Mit der Einführung des neuen Systems entfällt die händische Anlage und Führung der Sach- und Personenkarteien der Zentralstelle. Außerdem werden die Suchvorgänge wesentlich vereinfacht und beschleunigt.

Außerdem hat eine Arbeitsgruppe den Entwurf einer Kanzleiordnung für alle dem Bundesministerium für Landesverteidigung nachgeordneten

- 83 -

Dienststellen ausgearbeitet. Damit soll eine einheitliche Grundlage für die kanzleimäßige Behandlung der Geschäftsstücke, ihre Verbuchung und Ablage nach einem für alle Dienststellen geltenden einheitlichen Aktenplan geschaffen werden. Vor ihrer Inkraftsetzung wird die Vorschrift praktisch erprobt.

- 84 -

XII. Besondere Vorfälle

Die Statistiken über "Besondere Vorfälle" werden durch des BMfLV und durch das Armeekommando mit besonderer Sorgfalt betrachtet.

Eine Verminderung ergab sich bei "pflichtwidrigem Verhalten".

Die Unfälle und Verkehrsunfälle außer Dienst sowie die Zahl der Toten außer Dienst weisen eine beunruhigende Steigerung auf.

Die Unfälle im Dienst zeigen eine gleichbleibende Tendenz.

Beim Mißbrauch von Suchtgiften bzw. Medikamenten ist eine leichte Steigerung festzustellen.

Detaillierte Angaben mögen den Beilagen 33 - 36 entnommen werden.

Beilagen

33 - 36

- 85 -

XIII. Hilfeleistungen

a) Hilfeleistungen § 2 Abs. 1 lit. c WG (Assistenz-einsatz).

In der Zeit vom 1.10.1974 - 30.9.1975 waren 8.976 Mann eingesetzt und erbrachten eine Arbeitsleistung von 197.826 Stunden.

Der Großteil der Einsätze erfolgte in den Schlechtwetterperioden Ende März bis Ende April 1975 sowie Juli 1975.

Von den Luftstreitkräften wurden im gleichen Zeitraum 1.250 Starts mit einer Gesamtflugzeit von 400 Stunden und 25 Minuten durchgeführt.

Die Vergleichszahl 1974 beträgt 283 Stunden und 52 Minuten Flugzeit, somit eine Steigerung von 30 %.

Beilage
37

Nähere Angaben wollen der Beilage 37 entnommen werden

b) Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung.

Die "Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung", außer HS-Einsätze, weisen eine steigende Tendenz auf. Immer mehr öffentliche Dienststellen und Private versuchen, die billige Arbeitskraft des Bundesheeres für Instandsetzungen bzw. Neuerrichtung von Brücken usw. sowie für Sprengungen heranzuziehen, während für Sportveranstaltungen die Errichtungen und der Betrieb von Nachrichtenverbindungen zur besseren Führung erbeten werden.

- 86 -

Die HS-Einsätze wurden stark reduziert, weil der Eigenbedarf sowie die vorhandenen Flugstunden einen größeren Einsatz nicht mehr zulassen. Die sogenannten Versorgungsflüge für Schutzhütten wurden grundsätzlich eingestellt.

Beilage
38

Nähere Angaben wollen aus der Beilage 38 entnommen werden.

c) Beistellung von Heeresgut.

Die vorübergehende leihweise Überlassung von Heeresgut nimmt zusehends ab, weil Eigenbedarf (z.B. Großzelte für Tü) vorliegt, der Verschleiß ein sehr großer ist und die Neuanschaffungen aus Ersparungsgründen untunlich erscheinen.

Es wird festgestellt, daß immer mehr Vereine die Zubereitung von Verpflegung in den Truppenküchen beantragen, weil für größere Veranstaltungen die ortsansässigen Betriebe die Kapazität nicht aufbringen können bzw. für die Veranstalter weniger Kosten anfallen.

Bemerkenswert ist das Ansteigen der Ansuchen um kostenlose Zuteilung von Munition für außerdienstliche Schießbewerbe.

Beilage
39

Nähere Angaben wollen aus der Beilage 39 entnommen werden.

d) Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976.

Zur Vorbereitung der Olympischen Winterspiele

- 87 -

wurden seit 1973 enorme Leistungen erbracht. Der ständige Einsatz von 2 Kp (Tel- und PiKp) hat praktisch die Durchführung der XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976 ermöglicht. Der Olympia-Einsatzbericht 1976 ist noch nicht abgeschlossen. Die Einsatzleitstelle des Kommandos der Fliegerdivision in INNSBRUCK hat während der Olympischen Winterspiele 533 Starts durchgeführt und eine Gesamtflugzeit von 114 Stunden 30 Minuten erzielt, wobei 17.480 l AVTUR verbraucht wurden.

Beilage
40

Nähere Angaben wollen aus der Beilage 40 entnommen werden.

XIV. Öffentlichkeit und Bundesheer

Das Bundesverfassungsgesetz vom 10. Juni 1975, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 durch die Einfügung von Bestimmungen über die umfassende Landesverteidigung geändert wird, BGBl. Nr. 368, sowie die EntschlieÙung des Nationalrates hiezu vom gleichen Tage stellen sowohl die Wehrpolitik als auch die militärische Öffentlichkeitsarbeit auf eine verfassungsrechtliche Grundlage. GemäÙ Punkt 2 der EntschlieÙung hat das Bundesheer auch die anderen Bereiche der umfassenden Landesverteidigung, somit auch jenen der geistigen Landesverteidigung als Fundament der Motivation zur Verteidigungsbereitschaft aller Staatsbürger zu unterstützen.

Zur Klarstellung der Kompetenzabgrenzung wurden daher folgende Begriffsbestimmungen vorgenommen:

1. Geistige Landesverteidigung

ist die Summe aller geplanten, langfristigen Maßnahmen, welche die ausreichende Information des österreichischen Volkes über Notwendigkeit, Aufgaben und Ziele der umfassenden Landesverteidigung sowie die Weckung seines Verständnisses für deren Bereiche zum Inhalt haben.

Sie bezweckt ferner die gleichzeitige Klarstellung nach außen, daß das österreichische Volk bereit und in der Lage ist, auch unter Opfern und unter Aufbietung aller seiner Kräfte seine demokratischen Freiheiten, die Verfassungs- und Rechtsordnung, die

- 89 -

Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Republik, die Einheit des Staatsgebietes sowie die Handlungsfreiheit unseres Landes zu schützen und zu verteidigen. (Nahezu wörtlich aus der EntschlieÙung)

2. Wehrpolitik

ist die Summe aller geplanten, langfristigen Maßnahmen im politischen Bereich, welche im weitesten Sinne der Sicherstellung und Stärkung der militärischen Landesverteidigung dienen. Sie bezweckt ferner die gleichzeitige Klarstellung nach außen, daß das österreichische Volk bereit und in der Lage ist, sich militärisch zu verteidigen.

Sie dient darüber hinaus im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung der ideellen Konfrontation mit allen legalen und legitimen Mitteln gegenüber solchen geistigen Strömungen, welche dem verfassungsrechtlichen Auftrag der Volksvertretung an das Bundesheer zuwiderlaufen.

3. Militärische Öffentlichkeitsarbeit

ist die Summe aller geplanten, langfristigen Maßnahmen, welche die Information der Öffentlichkeit über die Belange der militärischen Landesverteidigung, die Pflege der positiven Einstellung des österreichischen Volkes zum Bundesheer und die Stärkung des Vertrauens zu den Streitkräften zum Ziel haben.

- 90 -

4. Psychologische Verteidigung

Psychologische Verteidigung ist das gezielte psychische Einwirken im Rahmen der Wehrpolitik auf Einstellung und Verhalten von Personen außerhalb des Bundesheeres zum Zwecke der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufträge.

Die Psychologische Verteidigung hat im Frieden, im Krisen- und Neutralitäts- sowie im Verteidigungsfall folgende Einzelaufgaben:

Im F r i e d e n

- a) Mitwirken bei der Abwehr von Angriffen wehrfeindlicher Gruppen gegen Bestand und Auftrag des Bundesheeres und seine Führung sowie gegen die Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung
- b) Mitwirken bei der Abwehr äußerer Störungen des Dienstes der Truppe
- c) Erarbeiten und Verbreiten von Erkenntnissen über Fragen der Psychologischen Verteidigung
- d) Unterstützen von Hilfsmaßnahmen des Bundesheeres bei Naturkatastrophen und dergleichen.

Im K r i s e n- und N e u t r a l i t ä t s f a l l
zusätzlich

- e) Unterstützen der Truppe bei der Bekämpfung von organisierten und militärisch bewaffneten Gruppen
- f) Gewinnen der Unterstützung der Bevölkerung zur

- 91 -

Erhöhung der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres.

Im Verteidigungsfall zusätzlich

- g) Mindern des moralischen Kampfwertes eines Angreifers und dessen Anhalten zu völkerrechtsmäßigem und humanem Verhalten
- h) Einwirken auf die Bevölkerung zu ihrem eigenen Schutz und zur Erhaltung der Operationsfreiheit des Heeres.

Zur Planung und Koordinierung der gesamten militärischen Öffentlichkeitsarbeit wurde gemäß Ministerweisung Nr.56 vom 29.11.1974 die Projektgruppe "Öffentlichkeitsarbeit" eingerichtet. Sie arbeitet nach folgender Disposition:

- A. Analyse der öffentlichen Meinung über das österreichische Bundesheer
auf Grund der demoskopischen Berichte
allfälliger Untersuchungen des Heerespsychologischen Dienstes sowie ergänzender Teilberichte der einzelnen Fachabteilungen.
- B. Zielsetzung der Öffentlichkeitsarbeit nach jeweiligem Bedarf.
- C. Erörterung der Lage in den einzelnen bisher behandelten Sparten der militärischen Öffentlichkeitsarbeit betreffend

- 92 -

1. Patenschaften
2. Verbindung zu öffentlichen Institutionen wie Politische Akademien, Universitäten, Schulen, Vereine (Jugend - Traditions- Politische)
3. Informationsoffiziere
4. Agitation des österreichischen Bundesheeres in der Bevölkerung; z.B. Ausstellungen etc.
5. Informationsbroschüren
6. Militärische Zeitschriften: ÖMZ, Truppendienst, Spind
7. Fotos als Informationsmittel
8. Einsatz von Video-Recordern zur Information
9. Filmbetreuung auf Truppenübungsplätzen
10. Filme (Neuherstellung)
11. Wochenschauen
12. Heeressender
13. ORF Hörfunk
14. ORF Fernsehen
15. Bundesländer - Wochenzeitungen
16. Wiener Wochen-Zeitungen
17. Tageszeitungen: Presse, Behandlung von Leserzuschriften
18. Annoncen, Plakate, Fernseh- und Kinospots

- 93 -

19. Informationsinhalte:

- a) militärische Übungen unter Einbeziehung von Presse, Fernsehen und Rundfunk
- b) Maßnahmen des österreichischen Bundesheeres
 - aa) Information über den Fortgang der Heeresreform
 - bb) Information über Ausbildung (Alpin-, Jagd- und sonstige Spezialausbildungen)
 - cc) Innerer Dienst: Unterrichte, Sport, der Soldat in der Werkstatt, in der Versorgungsführung
 - dd) Ausrüstung etc.

D. Grundsatzausbildung
für

- a) das Arbeitsverfahren; (Zuziehung eines soziologischen Institutes und einer Werbefirma)
- b) die Planung der Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Arbeitsbereichen hinsichtlich
 - Taktik
 - Aussage
 - Timing
 - Schwergewichtsbildung

E. Planung der Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen
laut Punkt C. erörterten Sparten 1. - 19.

- a) allfällige organisatorische Maßnahmen

- 94 -

- b) allfällige Ausbildungsmaßnahmen
- c) materielle Voraussetzungen; Finanzierung, Bereitstellung von Schulungs- und Informationsmaterial
- d) Schwergewichtsbildung der Öffentlichkeitsarbeit
- e) Timing: Erarbeitung des Arbeitskalenders
- f) Erfolgskontrolle im Wege der laufenden Berichterstattung, durch Meinungs-Forschungs-Test und Abschlußbericht im Dezember 1976.

F. Berichterstattung (Antragstellung) an den Bundesminister für Landesverteidigung

- a) Bericht zur Lage
- b) Information über Planung
- c) Bericht über nicht durchführbare aber notwendige Maßnahmen auf Grund mangelnder finanzieller und personeller Voraussetzungen.

Beilage
41

Der Erfolg der militärischen Öffentlichkeitsarbeit zeigt sich in der Beilage 41, "Medienübersicht für die Jahre 1968 - 1975".

Beilage
43

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Seminar-tätigkeit der Landesverteidigungsakademie.

Näheres ist der Beilage 43 zu entnehmen.

XV. Betreuung

Die Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung werden durch das BMFLV sowie die zuständigen Organe kulturell und sozial betreut.

1. Kulturelle Betreuung

Betreuungsgeräte

Derzeit stehen im Bundesheer 570 Fernsehgeräte und 934 Rundfunkgeräte in Verwendung. Nahezu die Hälfte ist allerdings älter als 10 Jahre und bedarf in nächster Zeit einer Erneuerung, da die Reparaturen die Grenzwerte der Rentabilität überschritten haben.

Darüber hinaus ergibt sich eine Bedarfserhöhung bei Fernseh- und Rundfunkgeräten durch Errichtung von zusätzlichen Aufenthaltsräumen für die fvGWD.

Durch Schenkungen war es möglich, in verschiedenen Kasernen auch Farbfernsehgeräte zur Aufstellung zu bringen. An Beschaffungen durch das Ressort ist aus Ersparnisgründen derzeit nicht zu denken.

Aufenthaltsräume

Aus Gründen der Sparsamkeit können nicht alle Wünsche der Truppe zur Ausgestaltung von Aufenthaltsräumen in jenem Ausmaß, das oft ge-

- 96 -

fordert wird, erfüllt werden. Es muß daher, wie auch schon in den vergangenen Jahren, unter Heranziehung der Jahreskreditverläge bei Korps- und Militärkommanden die Ausgestaltung mit truppeneigenen Kräften vorgenommen werden. Dies bringt aber andererseits eine individuellere Ausstattung und stellt gleichzeitig einen Beitrag zur sinnvollen Freizeitgestaltung dar.

Betreuung der UN-Baone

Vor allem durch den Einsatz eines Baons auf den GOLANHÖHEN mußte der Einsatz von Betreuungsgeräten bei den UN-Baonen in den letzten Jahren erheblich verstärkt werden.

Derzeit stehen im Einsatz:

- 2 Farbfernsehgeräte
- 3 Fernsehempfänger schwarz-weiß
- 8 Videorecorder
- 120 Videokassetten
- 12 Tonbänder
 - 3 Tonbandgeräte mit Mikrofon
 - 9 Plattenspieler
 - 4 Lautsprecherboxen
 - 4 Sprachkurse/Englisch
 - verschiedene Kartenspiele, Wurfspiele, Fußballtische
- 102 Langspielplatten
 - 2 Dia-Projektoren
 - 3 Rundfunkgeräte/Tischgeräte
 - 46 Rundfunk-Cassettenrecorder
- 315 Cassetten für Cassettenrecorder bespielt und unbespielt
- 4 Schlagbohrmaschinen

- 97 -

Nachdem eine Betreuung mit Filmen durch die hohen Kosten nicht möglich ist, wurden Videorecorder angeschafft, die es mittels der Videocassetten ermöglichen österreichische Fernsehsendungen, vor allem natürlich im österreichischen Fernsehen gesendete Filme, im Rahmen der Betreuung zu zeigen.

Betreuungsfilme

Für die Filmbetreuung stehen 145 transportable 16 mm- und 6 ortsfeste Tonfilmprojektoren im Einsatz. Sie werden für Ausbildungs- und Betreuungszwecke in gleicher Weise eingesetzt. Der Besuch der Betreuungsveranstaltungen für die GWD zeigt eine rückläufige Tendenz.

Neben der Filmbetreuung auf dem Schmalfilmsektor stehen in folgenden Garnisonen Soldatenkinos zur Verfügung, die von zivilen Pächtern betrieben werden:

GÖTZENDORF	KAISERSTEINBRUCH
GRAZ	ZELTWEG
AIGEN/E.	STRASS
SALZBURG-SIEZENHEIM	HÖRSCHING

Die Programmierung erfolgt vom Kinopächter im Einvernehmen mit dem zuständigen Kasernkommandanten.

Soldatenbüchereien

Zur Zeit ist - bedingt durch die Veränderungen,

- 98 -

die sich aus der Heeresreform 1972 ergeben haben - eine Umstellung des gesamten Soldatenbüchereiwesens im Gange. Die Aktion wurde am 28. Februar 1976 abgeschlossen. Ab diesem Zeitpunkt ist bei jedem KasKdo eine Soldatenbücherei eingerichtet, die täglich von Montag bis Freitag in der Mittagszeit zugänglich ist. Die Soldatenbüchereien, miteingeschlossen die Sonderbüchereien wie etwa bei den UN-Einheiten in ZYPERN und auf den GOLAN, beim Militärrealgymnasium etc. umfassen dann 124 Einheiten mit einem erst nach Abschluß der Inventur genau feststellbaren Buchbestand (ca. 75.000). Für Neuzuweisungen liegen zur Zeit rund 4.000 Bände bereit, die nach der Umgestaltung der Büchereien zugewiesen werden.

Erholungsheime

Die Zahl der für Erholungszwecke zur Verfügung stehenden Unterkünfte erweist sich von Jahr zu Jahr mehr als zu gering. Im einzelnen stehen zur Verfügung: (Vergabe durch BMfLV)

Ganzjährig: Ausbildungs- und Erholungsheim

ISELSBERG:

(Ausgenommen Jänner - März 1976
wegen Durchführung von Winter-
alpinausbildung für 19 Kurse)
45 Zimmer mit 156 Betten und
5 Notbetten

TÜPL SEETALER - ALPE

12 Zimmer mit 38 Betten

- 99 -

<u>Turnusweise:</u>	<u>LwLG FELBERTAL</u>
(Winterferien- Ostern, Ferialzeit u. Weihnachten)	46 Zimmer mit 125 Betten
	<u>TÜPL DACHSTEIN/OBERFELD:</u>
	18 Zimmer (2 Sechs- und 16 Achtbettzimmer) mit 140 Betten.
(Ferialzeit nur 2 Wochen 15.8.-28.8.76)	<u>TÜPL-ALLENTSTEIG:</u>
	13 Zimmer mit 27 Betten
(Ferialzeit Juli, August 76)	<u>TÜPL BRUCKNEUDORF:</u>
	9 Zimmer mit 25 Betten
Dazu kommt <u>Turnusweise</u> (Ostern, Ferialzeit u. Weihnachten)	<u>TÜPL WALCHEN-LIZUM</u> (Vergabe durch Milkdo TIROL)
	37 Zimmer mit 150 - 200 Betten

Die Dringlichkeit einer Erweiterung zeigt
folgende Aufstellung:

1970 - 812 Einweisungen - 144 Ablehnungen)	Angaben
1971 - 908 Einweisungen - 256 Ablehnungen)	bezie-
1972 - 957 Einweisungen - 282 Ablehnungen)	hen sich
1973 - 739 Einweisungen - 351 Ablehnungen)	auf die
1974 - 984 Einweisungen	Sommer-
	turnusse
(3.342 erholungssuch. Personen) Angaben
715 Kursteilnehmer) beziehen
100 Kindererholungs-) sich auf
Aktion)- 522 Ablehnungen)	alle Ein
	weisung
	tumusse
1975 - 1.037 Einweisungen	(- " -
(3.394 erholungss. Personen	ohne
528 Kursteilnehmer	KALT-
110 Kindererholungs-	WASSER)
Aktion)- 452 Ablehnungen	

Wohnungswesen

1975 wurden 37 Wohnungen übergeben.

1250 Bewerber sind für eine Naturalwohnung
vorgemerkt.

- 100 -

2. Soziale Betreuung

Zu den Obliegenheiten der sozialen Betreuung gehört die Wahrnehmung aller entsprechenden sozialrechtlichen Maßnahmen im Interesse der Angehörigen des Bundesheeres. Durch verschiedene sozialrechtliche Bestimmungen ist Vorsorge getroffen, daß durch die Ableistung des Präsenzdienstes für den einberufenen Wehrpflichtigen und seine Angehörigen keine oder möglichst wenig soziale Nachteile entstehen sollen. Um aber den vom Gesetzgeber angestrebten Zweck erreichen zu können, ist vielfach die Mitwirkung des Betreuungsoffiziers erforderlich.

Es gehören zu den Aufgaben des Betreuungsoffiziers unter anderem:

- Durchführung von Belehrungen der Jungmänner nach jedem Einrückungstermin über die einschlägigen arbeits-, versicherungs-, versorgungs- und fürsorgerechtlichen Bestimmungen;
- Interventionen bei Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden in Angelegenheiten des Familienunterhaltes und der Mietzinsbeihilfe;
- Interventionen bei Sozialversicherungsträgern zur Wahrung des sozialversicherungsrechtlichen Schutzes der Soldaten;

- 101 -

- Interventionen bei Arbeitgebern zur Sicherung des Arbeitsplatzes;
- Interventionen bei Finanzämtern in Angelegenheiten der Familien- und Geburtenbeihilfe;
- Interventionen bei Fürsorgestellen zur Vermeidung allfälliger Hilfsbedürftigkeit der Angehörigen von zum Präsenzdienst einberufenen Wehrpflichtigen (Ausstellung von Wohlfahrtskrankenscheinen);
- Zeitgerechte Erstattung von Dienstbeschädigungsanzeigen an die Landesinvalidenämter und die Beschaffung und Weiterleitung der erforderlichen Unterlagen an die Versorgungsbehörden;
- Überprüfung der Meldungen "Besonderer Vorfall" hinsichtlich aller sozial- und versorgungsrechtlicher Auswirkungen und Einleitung der erforderlichen Maßnahmen;
- Überwachung der fristgerechten und ordnungsgemäßen Erstattung von Unfallsanzeigen an die Unfallversicherungsträger;
- Belehrung der Soldaten über allfällige Ansprüche auf Versorgungs- oder Versicherungsleistungen bei Vorliegen von Dienstbeschädigungen und Unterstützung der Anspruchswerber bei der Antragstellung;
- Unterricht über sozialrechtliche Fragen in Kursen und Lehrgängen.

- 102 -

3. Soldatenvertreter, Personalvertretung,
Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten,
Sektion Landesverteidigung

Der Vollständigkeit halber sei auf die problemlose, ersprießliche Betreuungstätigkeit der Soldatenvertreter, Personalvertreter und Funktionäre der zuständigen Gewerkschaft hingewiesen.

4. Militärseelsorge

Die Betreuung der Heeresangehörigen im religiösen Bereich wird durch die katholische und evangelische Militärseelsorge gewährleistet, wobei den Militärseelsorgern die ungestörte Ausübung ihrer Tätigkeit jederzeit gesichert ist und die militärischen Dienststellen in jeder Weise personelle und materielle Hilfestellung leisten. Der katholische Militärbischof und der evangelische Militär-Superintendent halten den Kontakt zur Truppe in Form von Besuchen religiöser Feiern oder Visitationsreisen.

Darüber hinaus stellt der lebenskundliche (ethische) Unterricht der Militärseelsorge einen wesentlichen Faktor zur seelischen Betreuung und der Erwachsenenbildung dar. Er behandelt sittliche Fragen, die für die Lebensführung der Soldaten, ihre Beziehungen zur Umwelt und für ihr Zusammenleben in der

- 103 -

Gemeinschaft von Bedeutung sind. Der Unterricht bezweckt ferner die Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte der Soldaten.

- 104 -

XVI. Berufsweiterbildung

1. Berufsaus- und -weiterbildung von fvGWD und zvS:

In den §§ 10 Abs. 3 und 28 c des Wehrgesetzes ist seit dem 5. Feber 1974 eine Berufsaus- und -weiterbildung von fvGWD und zvS mit einer Verpflichtungsdauer von 3 oder mehr Jahren verankert. Die Kosten dieser Ausbildung trägt der Bund. Durch Besprechungen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung und den Landesarbeitsämtern konnte erreicht werden, daß dieses Ressort die Kosten jener Ausbildungen, die arbeitsmarktpolitisch förderungswürdig sind, aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung deckt.

Die Berufsberatung der Landesarbeitsämter wurde eingeschaltet, damit die Soldaten bei ihrer Ausbildungswahl auf jene Berufe hingewiesen werden, die ihnen zukunftsorientiert, die bestmöglichen Chancen bieten.

Durch Besprechungen mit dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Verkehr wurden Regelungen getroffen, bzw. in die Wege geleitet, die die Vorbereitung von Soldaten auf die Dienstprüfungen für Polizei, Gendarmerie, Zollwache, Bahn, Post und Zivilluftfahrt im Rahmen der Berufsweiterbildung beinhalten.

Im Wege einer Untersuchung des Institutes für empirische Sozialforschung wurde die Attraktivität der Berufsweiterbildung für ein Werbekonzept für fvGWD und zvS ermittelt.

- 105 -

Seit Jänner 1975 werden alle fvGWD und zvS 6 Monate vor dem möglichen Beginn ihrer Berufsausbildung bzw. -weiterbildung schriftlich über diese kostenlose Ausbildung informiert und sie aufgefordert, eine Meldung zur Berufsausbildung bzw. -weiterbildung abzugeben. Der Zeitraum von 6 Monaten wurde gewählt, um einen reibungslosen Ablauf des Vorganges einschließlich der Berufsberatung bis zur Zulassung zur Ausbildung und Versetzung zum Ausbildungsort zu gewährleisten.

Beilage
42

Bisher haben sich 48 Soldaten einer Berufsweiterbildung unterzogen, 4 Soldaten haben ihr Ansuchen zurückgezogen, 3 Soldaten konnten aus Termingründen ihre Ausbildung während der Verpflichtungsdauer nicht mehr beginnen.

Derzeit sind 14 Ansuchen um Berufsweiterbildung bei den Militärkommanden bzw. den Landesarbeitsämtern in Bearbeitung.

Hauptsächlich wurden folgende Ausbildungswünsche angegeben:

Matura (11), Dipl.Krankenpfleger (3), Verwaltungsfachdienst-Prüfung (3), Beamtenaufstiegsprüfung (2), Metallarbeiter (2), Handelsakademiker (2), Konservatorium (2), HTL (2).

An Kosten für Berufsweiterbildung sind bisher gedeckt worden durch

das Bundesministerium für Landesverteidigung
ca. S 48.000,-

- 106 -

die Arbeitsmarktverwaltung
ca. S 51.000,-

Von der für die Berufsweiterbildung zur Verfügung stehenden Zeit wurde von den Soldaten durchschnittlich nur 56 % in Anspruch genommen.

Gleichzeitig kann festgestellt werden, daß bisher nur ein ganz geringer Prozentsatz der fvGWD und zvS ihr Recht auf Berufsweiterbildung in Anspruch nimmt, obgleich eine steigende Tendenz zu bemerken ist.

Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß die Informationen und Werbung bei den Soldaten erst ihre Wirkung zeigt.

2. Angelegenheiten der Gewerbeordnung 1973

Soferne zum Präsenzdienst einberufene Wehrpflichtige oder zvS während ihrer Dienstleistung im Bundesheer regelmäßig zu Verwendungen herangezogen wurden, die den Gegenstand von Gewerben bilden, für die ein Befähigungsnachweis vorgeschrieben ist und sie vorher die Lehrabschlußprüfung erfolgreich abgelegt haben, ist nach der Gewerbeordnung 1973 diese Zeit auf die Dauer der nach der Gewerbeordnung erforderlichen Beschäftigungszeit anzurechnen. Von seiten der Abteilung Berufsweiterbildung wurde nach Besprechungen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und internen Stellen eine Neuregelung für die Ausstellung von Zertifikaten nach der Gewerbeordnung ausgearbeitet und gemeinsam mit der Neuauf-

- 107 -

lage der entsprechenden Vordrucke herausgegeben.

Durch eine Studie des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung wurde untersucht, welche beim österreichischen Bundesheer durchgeführten Ausbildungsgänge einer zivilen Berufsausbildung gleichwertig sind. Das Institut kam zu dem Schluß, daß die Ausbildung zum Kfz-Mechaniker, zum Mechaniker, zum Schlosser und zum Koch der zivilen Ausbildung in diesen Berufen gleichwertig ist.

Gleichzeitig wurden Verhandlungen mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft aufgenommen, um auf diesem Wege eine zivile Anerkennung militärischer Ausbildungen zu erwirken.

3. Angelegenheiten des Ingenieurgesetzes 1973

Zur Erlangung des Ingenieurtitels ist nach dem Ingenieurgesetz 1973 je nach Ausbildung eine drei- bzw. zehnjährige, facheinschlägige Praxis erforderlich.

In Besprechungen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik konnte erreicht werden, daß auch Zeiten, in denen Offiziere oder Beamte des Bundesheeres nur teilweise technisch tätig waren, dem jeweiligen Prozentsatz ihrer facheinschlägigen Verwendung entsprechend, angerechnet werden.

In den laufenden Besprechungen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik und dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst soll erreicht werden,

- 108 -

daß eine Anerkennung oder Teilanerkennung der Ausbildung und Prüfung für Offiziere des technischen Dienstes im Sinne des § 1 Abs. 4 Ziffer 1 des Ingenieurgesetzes 1973 erfolgt.

Seit Bestehen der Abteilung Berufsweiterbildung wurden, außer der Neuregelung der Ausstellung von Verwendungszeugnissen, 59 konkrete Fälle nach dem Ingenieurgesetz 1973 bearbeitet und 45 Verwendungszeugnisse für Offiziere, Beamte und Grundwehrdiener ausgestellt.

4. Angelegenheiten nach dem Ziviltechnikergesetz

Zur Ausübung des Berufes eines staatlich befugten und beeideten Ziviltechnikers ist nach dem Ziviltechnikergesetz unter anderem eine mindestens 5-jährige praktische Betätigung erforderlich. Durch die Abteilung Berufsweiterbildung wurden mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik Verhandlungen mit dem Ziel ausgenommen, daß auch Praxiszeiten von Grundwehrdienern, die zu rein technischen Tätigkeiten im Rahmen der Systemerhaltung herangezogen werden, nach dem Ziviltechnikergesetz angerechnet werden.

- 109 -

XVII. Schlußbemerkungen

Der vorgelegte Bericht kann nur eine allgemeine Übersicht über die Tätigkeiten des österreichischen Bundesheeres und seine zahlreichen Initiativen zur Verbesserung der Dienst- und Einsatzbereitschaft vermitteln.

Eine Reihe von Detailangaben mußten unterlassen werden, weil sie den Rahmen eines derartigen Berichtes sprengen müßten oder aus begreiflichen Gründen der Geheimhaltung für eine Veröffentlichung als nicht geeignet erscheinen.

Allgemein darf jedoch festgestellt werden, daß in allen Bereichen der militärischen Landesverteidigung ein merkbarer Aufwärtstrend vorherrscht.

Es wäre aber eine Unterlassung, wollte man anlässlich einer solchen Leistungsbilanz dem Kaderpersonal aller Dienstgrade sowie den Beamten und Vertragsbediensteten der Heeresverwaltung nicht jene Anerkennung zollen, auf die sie für ihre unermüdliche und aufopferungsvolle Arbeitsleistung einen Anspruch besitzen. Es war für manche nicht immer einfach, unverdrossen ihre Aufgabe zu erfüllen in einer Zeit der Reformen, die trotz gründlicher Planung nicht immer reibungslos vorgenommen werden können. Ihr voller Einsatzwille wird jedoch auch in den kommenden Jahren weiterhin herausgefordert werden, soll das begonnene Werk für eine bessere und glaubwürdigere Landesverteidigung

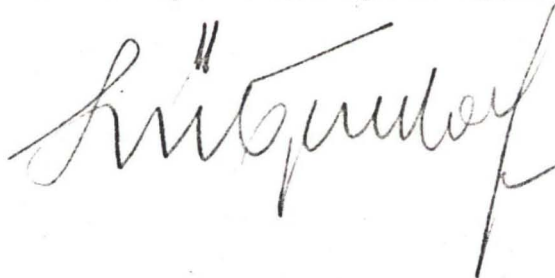
- 110 -

vollendet werden. Aber auch allen jungen Staatsbürgern, die ihrer Wehrpflicht mit staatsbejahender Einsatzbereitschaft nachgekommen und klaglos ihren Dienst an der Gemeinschaft im Interesse der Sicherheit der Republik Österreich leisten, gebührt Dank und Anerkennung.

Eine glaubhafte Landesverteidigung in unserer demokratischen Gesellschaft wird nur dann darstellbar, wenn sie vom ganzen österreichischen Volk unterstützt wird und alle maßgeblichen politischen Faktoren der Republik Österreich sich stets ihrer großen staatspolitischen Verantwortung bewußt sind.

Für dies möge in aller Zukunft die einhellige Annahme der Verfassungsgesetz-Novelle vom 10. Juni 1975 im Nationalrat, mit der die umfassende Landesverteidigung der Republik Österreich begründet wurde, ein stets nachahmenswertes Beispiel bleiben.

W i e n, am 15. April 1976

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Fritz Gundorf', with a stylized flourish at the end.